

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postkontonr. Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7spaltige Zeile 50 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag = 70 Pfg. Tagl. bei Plagvorfrist 55 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag = 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. Postkontonr. Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Abbruch des Eisenbahnerstreits im Bezirk Frankfurt a. Main.

Der Eisenbahnerstreik im Westen. Beilegung des Eisenbahnerstreiks im Bezirk Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 6. Juli. Eine große Versammlung der streikenden Eisenbahner beschloß am Sonntagvormittag, den Streik abzubrechen, und nahm dazu auf Grund der von den Vertrauensleuten der verschiedenen Eisenbahnen gefassten Beschlüsse eine Resolution an, in der es heißt: Der Abbruch des Streiks wird empfohlen; die Forderungen werden aufrechterhalten und die gesamte Kollegenchaft wird aufgefordert, sich für eine Einheitsaktion bereitzustellen.

Frankfurt a. M., 7. Juli. Sonntag, abends gegen 10 Uhr, hatte die Streikleitung die gesamten Linien freigegeben und von dieser Stunde ab konnten die Nah- und Fernzüge wieder ein- und ausfahren, aber an ein sahrplanmäßiges Verkehren war in der Nacht noch nicht zu denken, auch deshalb, weil das zerstreut wohnende Personal noch nicht zur Stelle sein konnte. Die meisten Arbeiter und Beamte werden erst am Montag Kenntnis von dem Beschluß der Streikleitung erhalten. Immerhin konnte schon im Laufe der Nacht eine ganze Reihe von Zügen abgefahren werden. Der sahrplanmäßige Verkehr wird erst am Montagvormittag beginnen können.

Darmstadt, 6. Juli. Die hiesigen Eisenbahner beschloßen heute nachmittag, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Verhandlungen in Hannover.

Hannover, 6. Juli. Zur Streiklage im Eisenbahnbetrieb wird heute abend mitgeteilt, daß sich diese gegen heute vormittag etwas verschärft hat. Einzelne Züge fahren noch. Der Personenverkehr wird ungefahr zur Hälfte aufrechterhalten. Es ist aber zweifelhaft, ob er sich weiter in demselben Maße wird durchföhren lassen. Güterzüge verkehren nur in ganz beschränktem Umfang. Die streikenden Arbeiter haben erklärt, daß Lebensmittelzüge durchgelassen werden.

Hannover, 6. Juli. (M. T. N.) Die Streiklage hat sich gegen gestern nicht wesentlich verändert. Die Züge nach und von Berlin werden über Lebnitz-De-Brannschweig-Gildesheim geleitet, da die Strecke über Lehrte von den Streikenden gesperrt ist. Die Züge nach Hamburg gehen über Soltau.

In einer von der Streikleitung heute vormittag nach der Stadthalle einberufenen, von etwa 6000 Personen besuchten Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, nach der morgen abend 7 Uhr Verhandlungen angeknüpft werden sollen zwischen den Streikenden, der Eisenbahndirektion, dem Schlichtungsausschuß, Vertretern des Magistrats von Hannover und Linden und Vertretern des Gewerkschaftsartikels.

Bahnhof Wittenberge von Regierungstruppen besetzt.

Wittenberge, 7. Juli. (Z. U.) Anlässlich des am Freitagabend begonnenen Aufstandes in den Hauptwerkstätten der Eisenbahn und des Güterbahnhofes Wittenberge, wodurch der Transport der Lebensmittelzüge vollkommen unterbunden wurde, sind Regierungstruppen am gestrigen Sonntag morgen dort eingetroffen und haben den Güterbahnhof besetzt. Die technischen Truppen haben zusammen mit den Beamten, Zugführern usw. den Dienst aufgenommen. Am gestrigen Sonntagnachmittag konnten bereits die ersten Züge wieder abgefahren werden.

Die Essener Eisenbahner lehnen den Streik ab.

Dortmund, 7. Juli. (Z. U.) Die Eisenbahner des Direktionsbezirks Essen haben es abgelehnt, in den Aufstand zu treten.

Bevorstehende Entscheidung in Hamburg.

Hamburg, 6. Juli. Eine Versammlung der Eisenbahner, die sich am Sonnabend mit den bekannten Berliner Forderungen beschäftigte, kam zu keinem Beschluß. Am Montag soll in einer Eisenbahnerversammlung die endgültige Entscheidung über die Stellungnahme der Hamburger Eisenbahner erfolgen.

Belagerungszustand gegen die Durchführung der Höchstpreise.

Vaderborn, 7. Juli. (M. T. N.) Infolge der hohen Lebensmittelpreise kam es am Sonnabend auf dem hiesigen Wochenmarkt zu scharfem Vorgehen der Volksmenge gegen die Verkäufer, die gewonnen wurden, die Waren zu den festgesetzten Höchstpreisen abzugeben. Die gleiche Mahnung fand in verschiedenen Geschäftshäusern Anwendung, wo die Waren unter Aufsicht von Volksbeauftragten zu herabgesetzten Preisen verkauft wurden. Die Kundgebungen dauerten bis in die Abendstunden hinein. Das große Proviantamt war militärisch besetzt, um es gegen Angriffe und Plünderungssucht zu schützen. Ueber Vaderborn wurde der verhängnisvolle Belagerungszustand verhängt, ebenso über Dönhäusen, wo ähnliche Unruhen ausgebrochen sind.

Unruhen in Kattowitz.

Heute, 7. Juli. Wie die Ostdeutsche Morgenpost aus Kattowitz berichtet, kam es dort am Sonntag, nachm. 2 Uhr, zu schweren Ausschreitungen bei einer Massenkundgebung, durch die gegen die

Bestellung Oberschießens durch die Armeekorps Einspruch erhoben und dem Wunsche Ausdruck gegeben werden sollte, daß Oberschießen durch amerikanische Truppen besetzt werde. Wegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung kommandierten Polizeibeamten und Soldaten des Grenzhufes gingen die aus der weiteren Umgebung zum Teil auf Leiterwagen nach Kattowitz gekommenen Polen gewalttätig vor. Die Unruhen dauerten etwa eine Stunde, bis militärische Verstärkungen eintrafen. Es sind einige Tote und eine Anzahl Verletzte zu verzeichnen.

Die revolutionäre Bewegung in Italien.

Bern, 5. Juli. Avanti meldet aus Florenz: Die Arbeiterschaft ist Herrin der Stadt. Sämtliche von der Menge mit Gewalt beschlagnahmten Lebensmittel werden zu den von der Arbeitskammer festgesetzten Preisen abgegeben. Ein großer Teil wurde der Bevölkerung des Erhebungsgebietes übergeben, weil sich die Disziplin der Regierung für die nach Tausenden zählenden obdachlosen Familien vollkommen unzureichend erwiesen hat.

Bei den Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht, bemerkt Avanti, wurde in die Luft geschossen. Die Kavallerie weigert sich, die Menge anzugreifen. Die vielen neuentstandenen örtlichen Sowjets zur Regelung der Lebensmittelversorgung sind der Schwierigkeiten Herr geworden und haben sich überall durchgesetzt. Dem Beispiele der Romagna wird das übrige Italien folgen. In Palermo suchte die Regierung der Volksbewegung gegen die Forderung dadurch zuvorzukommen, daß sie kurzer Hand 21 bekannte Lebensmittelhändler ins Gefängnis werfen ließ.

Amsterdam, 6. Juli. Times, melden aus Mailand: Die Erregung der Bevölkerung über die Forderung breitet sich von den Distrikten der Romagna, Emilia und von Toscana aus allmählich über die anderen Provinzen aus und hat hier und da zu ersten Unruhen geführt. In Ancona bei Bologna wurden drei Personen getötet und viele verwundet. Die Gewalttätigkeiten und Plünderungen nehmen in der Romagna und Emilia einen ersten Charakter an. Die Macht ging nahezu vollständig in die Hände der örtlichen Sozialistengruppen und der republikanischen Vereinigungen über. Sie haben die Kontrolle über den Verkauf der Lebensmittel übernommen. Agenten dieser Vereinigungen mit roten Binden um den Arm haben auf den Wegen nach der Stadt Posten gesetzt, halten die Bauernwagen an, setzen die Lebensmittelpreise fest und beaufsichtigen den Markt. Diese Agenten nehmen auch alle Automobile, die sie aufstreifen können, in Beschlag, beneben sich damit auf platte Land und requirieren überall. Die Preise sind ungefahr auf die Hälfte herabgesetzt. Alle Bevölkerungsklassen unterstützen diese Bewegung.

Paris, 6. Juli. Gestern war nach Mailänder Zeitungsmeldungen Florenz der Schauplatz blutiger Zusammenstöße. Man hatte nach dem Aufruf der Arbeitskammer auf Verhinderung gehofft; tatsächlich aber kam es wieder in allen Stadtteilen zu Schlägereien, bei denen es viele Verwundete und Tote gab. Die Truppen wurden von der Menge angegriffen, wobei zwei Offiziere erschossen wurden. Die von dem florentiner Präfekten angeordnete Straflegung der Presse hatte das vollständige Verschwinden der Lebensmittel vom Markt zur Folge. Auch auf dem Lande entstanden in den Provinzen Mittelitaliens heftige Kämpfe zwischen den Gewerkschaftern und den Agenten der Arbeitskammer, die die Lebensmittel zu beschlagnahmen suchten. Die Gewerkschafter wehrten sich mit der Waffe, so daß zahlreiche Verwundungen vorkamen. Der sozialistische Abgeordnete Feselli hat beim Präfekten von Florenz gegen das Vorgehen der Truppen protestiert und ihre Zurückziehung verlangt.

Der Proteststreik des Entente-Proletariats.

Verailles, 6. Juli. Der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften Jouhaux fordert alle gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs zu einem Demonstrationsstreik am 21. Juli auf. Hierdurch soll Protest erhoben werden gegen die Intervention der Alliierten in Rußland und Ungarn sowie gegen die Feindung der Lebensmittel. Ferner soll zugleich für die baldige Demobilisierung, die Amnestie und die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten eingetreten werden.

Noch kein Schulkompromiß.

Weimar, 6. Juli. Ein Berliner Blatt bringt in seiner heutigen Morgennummer aus Weimar die Meldung, ein Schulkompromiß sei zwischen der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung abgeschlossen worden, und es wird der angebliche Wortlaut dieses Kompromisses mitgeteilt. Demgegenüber wird von unterrichteter Seite festgestellt: Ein Kompromiß zwischen den beiden genannten Parteien ist nicht abgeschlossen, ebensowenig kann der mitgeteilte Wortlaut irgendwelchen Anspruch auf Authentizität erheben. Es schweben zwischen den Parteien der Nationalversammlung Verhandlungen sowohl über die noch offenen Schulfragen wie über andere umstrittene Fragen auf dem Gebiete des Verfassungsentwurfes.

Zurück zum Vormärz.

Weimar, 5. Juli 1919.

Die Verfassung der bürgerlich-kapitalistischen Republik Deutschland hat ihre Krönung erhalten. Mit die „demokratischen Garantien“, die sie enthält, wesentliche Grundrechte, die in ihr niedergelegt sind, stehen nur auf dem Papier. Mit einem Federstrich können sie außer Kraft gesetzt werden, wenn es dem Präsidenten und seinen Hintermännern in der Regierung und dem Reichstag gefällt, der innere Krieg kann von dem Präsidenten erklärt werden, wenn in einem Teile Deutschlands freiere Elemente als im Reichsparlament sich freiere Staatsformen schaffen wollen, als ihnen die Verfassung zugestehet. Das Ausnahmerecht, das jetzt ohne jede gesetzliche Grundlage geübt wird gegen die Parteien der Klassenbewußten Arbeiterschaft, ist durch die Annahme des Artikels 49 der Verfassung legalisiert worden. Diese Verfassung ist nicht die magna charta eines freien Volkes, sondern ein Instrument des Bürgerkrieges zum Schutze des Kapitals und der bürgerlich-rechtssozialistischen Parteiregierung.

Die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten haben kein Hehl daraus gemacht, daß sie die Verfassung und namentlich den Artikel 49 über den Belagerungszustand als Ausnahmegesetz gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft anwenden wollen. Der Rechtssozialist Kagenstein enthielt mit seltener Schamlosigkeit die Absichten seiner Partei, indem er ausführte, daß früher ähnlich einschneidende Bestimmungen über den Belagerungszustand nicht nötig gewesen wären, denn die revolutionären Bewegungen, die frühere Regierungen zu erstämpfen gehabt hätten, seien nichts gewesen im Vergleich zu den jetzigen. Weil also die Rechtssozialisten die Stärke der revolutionären Bewegung in der Arbeiterschaft empfinden, weil sie fühlen, daß ihre Stellung von Tag zu Tag mehr erschüttert wird, darum muß eine Verfassung des Belagerungszustandes geschaffen, die Aufhebung des Post-, Brief-, Telegraphengeheimnisses legalisiert, der Schutz der Person und die Unverletzlichkeit der Wohnung und — bezeichnend für diese Verfassung! — selbst die Unverletzlichkeit des Eigentums durchbrochen werden. Natürlich nicht die Unverletzlichkeit des Eigentums der Privatkapitalisten an den Produktionsmitteln, sondern des Eigentums revolutionärer Parteien an Zeitungsdruckereien und ähnlichen Einrichtungen!

Und auch das genügt den bürgerlichen Parteien nicht! Herr Haas von den Demokraten meldete für seine Freunde die noch weitergehende Verschlechterung des Artikels 49 für die dritte Lesung an. Ihnen sind immer noch zu viele Kautellen und zu viele Rechtsgarantien trotz des Artikels 49 übriggelassen!

Es gab einmal eine Zeit, wo sich die bürgerliche Demokratie in Deutschland gegen Zensur und Zeitungsverbote, gegen willkürliche Verhaftungen und ausnahmegesetzliche Verfolgungen erhob und zur Revolution griff. Die Empörung über die vormärzliche Reaktion rief die Bewegung von 1848 hervor. Heute arbeiten die Demokraten mit aller Kraft, um das wieder zu gerütteln, was trotz der auf 48 folgenden Reaktion an Fortschritten erzielt worden ist. Der Artikel 49 der Reichsverfassung übertreift an reaktionärem Geiste bei weitem das preussische Belagerungszustandsgesetz vom Jahre 1851, er gestattet das Eingreifen militärischer Gewalt bei einfachen Störungen der Ordnung, ohne daß eine Anforderung durch die Zivilbehörden zu erfolgen braucht, er stellt Deutschland unter dauernde Militärherrschaft. Der Zustand, der so geschaffen wird, läßt sich nur vergleichen mit dem Zustand vor 1848.

Zurück zum Vormärz! Das ist die Parole, unter der jetzt bürgerliche Parteien und Rechtssozialisten Verfassungsarbeit machen. Die Nationalversammlung verrät die deutsche Revolution gründlicher, als einst die Liberalen die Revolution von 48 verraten haben. Die Rechtssozialisten überbieten an Untreue gegenüber den Grundgedanken des Sozialismus, ja selbst der bürgerlichen Demokratie jetzt selbst das, was sie während des Krieges geleistet haben. In Weimar wird ein reaktionäres Werk vollendet: die Schließung der Revolution und die Stabilisierung der Gegenrevolution. Ein Hohngelächter wird den Verfassungsmachern von Weimar entgegenhallen, wenn sie in Zukunft noch wagen werden, heuchlerisch von Demokratie und demokratischen Garantien zu reden. Diese Verfassung hat mit Demokratie nichts zu tun. Sie ist nichts als ein Scheindemokratisches Gaukelspiel, das die Herrschaft der nackten gegenrevolutionären Gewalt verbürgen soll.

Die deutsche Arbeiterschaft soll unter die Fuchtel eines neuen vormärzlichen Regimes gestellt werden. Die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten sind verblendet

genug, die Regierungsmagimen eines Metternich zu den ihrigen machen zu wollen, ohne zu bedenken, daß auf die Metternichsche Aera der März 48 folgte, und daß in aller Zukunft reaktionärer Druck der Geburtshelfer neuer Revolutionen sein wird.

Aus der Sonnabenditzung.

Weimar, 6. Juli.

Die Deutsche Volkspartei hat heute ihren kriegsgeheimen Charakter wieder im hellsten Lichte gezeigt. Ihr Sprecher, Herr Feinze, wandte sich mit aller Energie dagegen, daß die Kriegserklärung durch Reichsgesetz erfolgen sollte; denn er fürchtete, daß dadurch die Eröffnung eines Krieges erschwert, ja unmöglich gemacht werden könne.

Bei der Beratung des Artikels (46) der von der Ernennung der Offiziere handelt, hielten unsere Genossen den Rechtssozialisten entgegen, daß eine Ernennung von staatlichen Funktionen im vollen Gegensatz zu den Gegenwartsforderungen des Erfurter Programms stehe, daß die Wahl der Funktionäre zu den obersten Rechten der Demokratie gehöre.

Dann begann eine grundsätzliche Debatte über das Wesen dieser Verfassung bei der Beratung der Artikel 48 und 49 des Entwurfs, die die Reichsregierung und den Verfassungsausschuß betreffen.

Aufhebung des Freiwilligenboykotts

Die Fraktion der U. S. P.-Arbeiterkreise Groß-Berlins tagte am Freitag gemeinschaftlich mit den Betriebsvereinskreisen und Delegierten, um über die Aufhebung des Freiwilligen-Boykottbeschlusses zu beraten.

Erklärung.

Der Boykottbeschluss der Volkerversammlung der Groß-Berliner Arbeiterkreise gegen die Freiwilligenverbände war diktiert von der berechtigten Empörung über das brutale und arbeiterfeindliche Auftreten vieler Angehöriger dieser Formationen.

In letzter Zeit hat sich in den Freiwilligenverbänden ein scharfer Gegensatz zwischen den ausgesprochen reaktionären Elementen und den politisch indifferenten und irregulierten Angehörigen der Truppen bemerkbar gemacht.

Der Arbeiterkreis der einzelnen Betriebe bleibt es überlassen, in Sonderfällen, in denen es sich um Personen handelt, die sich in besonders brutaler Weise an den Interessen der Arbeiter beteiligt haben und auch jetzt noch an ihrer arbeiterfeindlichen Gesinnung festhalten, selbständige Stellung zu nehmen.

In der Vollziehung der Arbeiterkreise Groß-Berlins ist dann am Sonnabend mit knapper Mehrheit die Aufhebung des Boykotts beschlossen worden.

Trotsky über die Lage Sowjet-Russlands.

Budapest, 4. Juli (Eigene Drahtmeldung). Der hiesige Vertreter der United Press of America hatte ein Interview mit Trotsky, der auf die aus Budapest mittels Radio gestellten Fragen ebenfalls durch Radio aus Moskau antwortete.

Der Rückzug der Rumänen und Serben. Budapest, 6. Juli (Eigene Drahtmeldung). Die Vorverfassung erklärt, schiden sich die serbischen Truppen an. Pech und Komitat Waranva zu räumen. Wie es scheint, geht die Rumänung nach russischem Muster vor sich.

sch, sei sie unter der Leitung des hervorragenden Organisations-Ingenieur Masin, stehen, außerordentlich verbessert.

Auf die Frage über den Standpunkt der russischen Räterepublik zu den Entente-Mächten erklärte Trotsky: Wir verteidigen uns gegen den Imperialismus Englands, Frankreichs und Amerikas, der buchstäblich sämtliche Methoden und die Phrasenologie der Hohenzollern kopiert und sich auch des Technizismus der nationalen Selbstbestimmung kleiner Völkern bedient.

Das Bündnis mit Deutschland bezeichnet Trotsky als möglich und wünschenswert, ebenso wie das Bündnis mit irgendeinem anderen Land, unter der Bedingung, daß die präsumierten Verbündeten der Politik des offenen oder versteckten Imperialismus, der Völkerverdrängung fremder Territorien und der Unterdrückung und Verbreitung gegenrevolutionärer Anarchie entsagen.

Ueber die Aussichten der weiteren militärischen Tätigkeit der russischen Räterepublik äußerte sich Trotsky: Unsere Armee wächst unaufhörlich. Aus jeder Probe gehen unsere Armeen gekräftigt hervor. Unsere Feinde hingegen gehen ihrem unermelblichen Verfall entgegen.

Die Menschewiki gegen Kollschak.

Moskau, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Zentral-Komitee der Menschewiki erließ an die sozialistischen Parteien der Ententeländer einen Aufruf, der sich energisch gegen Kollschak wendet, und ihn als reinsten Vertreter der extremen Reaktion zur Wiederherstellung der Privilegien des Adels und der absoluten Monarchie entlarvt.

Der Kampf der Entente gegen Sowjetrußland.

Moskau, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Zwei englische Flieger wurden mit ihren Flugzeugen bei Kraschan gefangen genommen. Sie hatten Kraschan überflogen, um die Stadt zu beschleichen und bereits mehrere Bomben abgeworfen.

Die Lage in Ungarn.

Budapest, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vorverfassung erklärt, schiden sich die serbischen Truppen an. Pech und Komitat Waranva zu räumen. Wie es scheint, geht die Rumänung nach russischem Muster vor sich.

Deutschland.

Erhöhung der Postgebühren.

Berlin, 5. Juli. Infolge der großen Steigerung der Kosten der Post- und Postdienstleistungen hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für die Abtragung und Einlieferung der Postsendungen zu erhöhen.

1 Mk. Bei der gewöhnlichen Bestellung für Pakete im Ortsteilbezirk bei den Postämtern I. Klasse für je es Pa et bis 5 kg einschließlich 30 Pfg., für jedes schwerere Paket 0 Pfg., bei den übrigen Postanstalten (Postämtern II. und III. Klasse und Postämtern u. c.) für jedes Paket bis 5 kg einschließlich 20 Pfg., für je es schwerere Paket 0 Pfg., im Landbestellbezirk für jedes Paket bis 2 1/2 kg einschließlich 2 Pfg., für jedes schwerere Paket 40 Pfg., für Postanmeldungen, Zeichnungen und Zeichnungen bis 1500 Mk. und Wertbriefe bis 1500 Mk. für jede Sendung und 10 Pfg., für Zahlungsverordnungen und Wertbriefe über mehr als 1000 Mk. für jede Sendung 20 Pfg.

Die deutsche Pressefreiheit.

Die Hamburger Volkszeitung ist vom Generalmajor v. Leitow-Worsch wegen der in Nr. 151 enthaltenen Beschimpfungen der Regierungstruppen bis auf weiteres verboten worden.

Deutsche Freiheit. Der englische Journalist Philipp Price ist festgenommen worden unter dem Verdacht der Teilnahme an bolschewistischen Umtrieben in Deutschland. Er ist wieder freigelassen, aber ausgewiesen worden.

Eine neue Verhaftung im Fall Emonts ist erfolgt. Seine Braut ist festgenommen worden. Sie soll an dem hochverräterischen Treiben Emonts beteiligt sein.

Die Zettiration soll nach einer Meldung der Deutschen Tageszeitung aus Weimar vom 1. August an von 110 auf 150 Gramm pro Woche erhöht werden.

Regierungswechsel in Tschechien.

Prag, 5. Juli. Pravo Lidu meldet, daß gestern nach Eintreffen der Nachricht von der telegraphisch gegebenen Demission des Ministerpräsidenten Kramarsh die Gesamtheregierung zurückgetreten ist.

Prag, 5. Juli. Decker veröffentlicht eine Unterredung mit Tuzar, bei der die Neubildung des Kabinetts beauftragt ist. Dieser lagte über die Aussichten der neuen Regierung, daß die Grundlage der auswärtigen Politik weiterhin das Bündnisverhältnis zu den Westmächten bleiben werde.

Prag, 5. Juli. Die nationaldemokratische Partei erklärt, daß sie gegenüber der neuen Regierung eine abwartende Haltung einnehmen werde, aber bereit sei, ohne Anspruch auf Vertretung im Kabinett einer Koalition beizutreten.

Die französische Demobilisierung.

Berlin, 5. Juli. Die französische Kammer verhandelte gestern über einige Interpellationen betreffend die Demobilisierung. Der Unterstaatssekretär für die Demobilisierung erklärte, die Regierung werde vom 9. Juli an die schleunigste Demobilisierung sämtlicher Reservistenklassen vornehmen.

China unterzeichnet.

Amsterdam, 5. Juli. Neuwe van den Dag meldet aus Paris, daß die chinesische Delegation telegraphisch angewiesen worden ist, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Nationalversammlung.

Sitzung vom 5. Juli. Eingegangen ist der Gesetzentwurf über die Ratifikation des Friedensvertrages.

Die Bestimmungen über das Amt des Reichspräsidenten werden entgegen den Anträgen der Unabhängigen auf Erzielung angenommen bis auf Artikel 41, über den später namentlich abgestimmt wird.

Artikel 45 lautet: Der Reichspräsident vertritt das Reich völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Reichs Bündnisse und andre Verträge mit auswärtigen Mächten.

Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz. Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstags.

Sobald ein Völkerverbund mit dem Ziele des Ausschusses aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit dem im Völkerverbund vereinigten Staaten der Zustimmung des Reichstags.

Ein Antrag Eröber (Centr.) will gleichfalls die Bestimmung über den Völkerverbund streichen, ebenso ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Reichstagsminister Preuss wendet sich gegen den Antrag Feinze. Abg. Eröber (Centr.): Als der Entwurf der Verfassung ausgearbeitet wurde, glaubte man allgemein, daß Deutschland sofort nach Friedensschluß in den Völkerverbund aufgenommen werden würde.

Abg. Cohn (U. Soz.): Der Antrag Feinze hat die Tendenz, die Kriegserklärung zu beschleunigen und zu erleichtern. Wir wollen das Gegenteil. Wir Eröber wollen wir den Völkerverbund streichen. Aber aus ganz andern Gründen, nämlich, weil wir wollen, daß alle Bündnisse und Verträge fortan der Zustimmung

des Reichstags bedürfen. Deshalb wollen wir auch im dritten Absatz die Worte „die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen“ gestrichelt wissen.

Abg. Quard (Soz.): Ich bitte, beide Anträge abzulehnen. Es lohnt nicht, um einmal vollständig zu sprechen, jeden Druck dem Reichstage vorzulegen. Wenn andererseits unsere Freunde der Idee des Verhältnisses untreu geworden sind und eine Koalition zur Verwirklichung Europas beschließen haben (Südt. fürtl. rechts), so haben wir gewiß nicht nötig, ihnen auf diesem Wege zu folgen.

Abg. Dr. von Delbrück (Deutschnall. Vpt.): In so kritischen Tagen, wie sie dem Ausbruch eines Krieges vorangehen würden, muß die Entscheidung des Reichstages genügen. Deutschland hat es nicht nötig, nachdem seine Aufnahme in den Völkerbund abgelehnt worden ist, Herrn Clemenceau gewissermaßen seine Visitenkarte abzugeben. (Lebhaftes Bravo.)

Der Antrag Feinze und der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie werden abgelehnt. Der Antrag Rader (Zentrum) wird angenommen. Artikel 45 ist also in der Fassung des Ausschusses unter Streichung des Absatzes betreffend den Völkerbund angenommen.

Nach Artikel 46 erhebt und entläßt der Reichspräsident die Reichsbeamten und Offiziere.

Abg. Cohn (U. Soz.): Wir stehen auf dem Standpunkt, daß alle öffentlichen Funktionäre das Recht zur Ausübung ihres Amtes nur herleiten können aus dem Vertrauen der Bevölkerung, und daß sich dieses Vertrauen bekunden muß durch die Wahl. Wir beantragen die Streichung des Artikels 46.

Artikel 46 wird hierauf unverändert angenommen. Nach Artikel 47 hat der Reichspräsident den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches.

Abg. Cohn (U. Soz.) beantragt die Streichung auch dieses Artikels. Artikel 47 wird unverändert angenommen.

Artikel 48 bestimmt: Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Abg. Kapfenstein (Soz.) begründet einen Antrag, wonach der Reichspräsident verpflichtet sein soll, unverzüglich die Genehmigung des Reichstages einzuholen und seine Maßnahmen aufzuheben, wenn der Reichstag die Genehmigung verweigert. Außerdem soll er seine Maßnahmen nur treffen können unter Verantwortlichkeit des gesamten Reichsministeriums.

Staatsminister Dr. Preuß: Alle die Punkte, die Herr Kapfenstein vorträgt, sind in der Verfassung schon enthalten, denn der Reichspräsident kann ja nichts verfügen ohne verantwortliche Gegenzeichnung. Damit ist die Kontrolle des Reichstages sichergestellt.

Abg. Dr. Feinze (Deutsche Vpt.): Am Wesen der Sache wird durch den Antrag nichts geändert; aber formell wird das ganze Verfahren sehr erschwert. Wir wollen eine möglichst starke Regierung, und deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Abg. Kapfenstein (Soz.): In einem solchen Falle, d. h. wenn der innere Krieg erklärt wird, ist es besser, man wartet einen Tag länger, als daß man überstürzt zu so tiefgreifenden Maßnahmen greift. Damit, daß der Reichstag möglichst weit hinterher die getroffenen Maßnahmen billigt und ihre Aufhebung durchsetzt, macht man die Zeiten nicht wieder lebendig.

Abg. Koch-Kassel (Dem.): Gerade um schlimme Wirren und gefährliches Blutvergießen zu vermeiden, muß in solchen Fällen rasch eingegriffen werden. Deshalb lehnen wir den sozialistischen Antrag ab.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Wenn nicht einmal die schwachen Punkte angenommen werden sollen, ist es denkbar, daß sich von hinten herum durch unklare Kanäle Einflüsse auf den Reichspräsidenten geltend machen, die ihn veranlassen könnten, unter Verantwortung eines einzigen, vielleicht auch vieler Minister Gewaltmaßnahmen ins Werk zu setzen, ohne daß das Gesamtministerium und das Parlament etwas davon wissen.

Staatsminister Dr. Preuß: Vor wenigen Tagen erst hat Herr Dr. Cohn es gesagt, daß wir nicht einen Einheitsstaat durchzuführen, und jetzt legt er sich dagegen ins Zeug, daß auch nur bundesstaatliche und verfassungsmäßige Rechte des Reiches gegenüber den Einzelstaaten nötigenfalls durch eine Exekution seitens der Reichsregierung sichergestellt werden.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Unsere Doktrin ist ganz einfach. Wir sind gegen jede Möglichkeit eines gewaltsamen Vorgehens einer Regierung.

Artikel 48 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. Das Haus geht nunmehr zu der Abstimmung über Artikel 41 „Amt des Reichspräsidenten“ über.

Entsprechend dem Antrag Siehr (Dem.) beschließt das Haus die Fassung, daß zum Reichspräsidenten wählbar ist „jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat“.

Der Entwurf enthält die Bedingung, daß der Kandidat mindestens 10 Jahre Deutscher sein müsse, die Deutschnationalen hatten beantragt, daß er geborener Deutscher sein müsse.)

Der Artikel 33, Zeugnisüberzeugung der Abgeordneten, wird in der Fassung Blah angenommen.

Artikel 49 gibt dem Reichspräsidenten das Recht, bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit bewaffneter Macht einzuschreiten und die Grundrechte ganz oder zum Teil aufzuheben. Er ist verpflichtet, die Genehmigung des Reichstages einzuholen und bei Verletzung die Maßregeln aufzuheben.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten beantragen Streichung des Artikels.

Ein gemeinsamer Antrag der Abgeordneten Vetele (Zentr.), v. Delbrück (Deutschnall.), Daas (Dem.) und Feinze (Deutsche Vpt.) schlägt den Zusatz vor: „Bei Gefahr im Verzug kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen.“

Abg. Raderstein (Soz.) beantragt dazu, hinter „auf Verlangen des Reichspräsidenten“ zu setzen „oder des Reichstages“.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) wendet sich gegen den Artikel.

Staatsminister Dr. Preuß: Auch Herr Abg. Dr. Cohn wollte ohne Belagerungszustand nicht auskommen. Das haben seine Parteifreunde in Berlin und München und an andern Stellen hinreichend bewiesen. Der Entwurf legt nur die Verantwortlichkeit für die Verhängung des Belagerungszustandes völlig in die Hände des Reichspräsidenten und der Regierung. Selbst der Abg. Cohn kann nicht leugnen, daß die Regelung, die der Entwurf bietet, ein ganz wesentlicher Fortschritt gegen früher ist. (Abg. Cohn: Auf dem Papier! Widerspruch gegen den Zusatz.) Die nähere Regelung des Belagerungszustandes wird durch Reichsgesetz, ich nehme an, in ruhigeren Zeiten, erfolgen. Wir würden uns freuen, wenn die Unabhängigen mit uns daran arbeiten würden, den Belagerungszustand überhaupt überflüssig zu machen. (Lebhaftes Zustimmung. Zurufe: Sehr wahr! Sehr gut!)

Abg. Raderstein (Soz.): Wir beantragen, in Artikel 49 in der Wendung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ das Wort „Ordnung“ zu streichen.

Reichsminister Feine: Dadurch würde der Inhaber der vollziehenden Gewalt verhindert werden, wirtschaftliche Maßregeln zu treffen, z. B. Festsetzung von Höchstpreisen usw., Anordnungen, die an sich zweckmäßig und notwendig sein können, aber nicht ohne weiteres unter den Begriff „Sicherheit“ sich zusammenfassen lassen.

Abg. Cohn (U. Soz.):

Ich gebe zu, es kann Notstände geben, wo die Möglichkeit bestehen muß, besondere Anordnungen zu treffen, die die öffentliche Sicherheit gewährleisten: Wobegen ich mich wende, ist, daß man diesen Zweck erreichen will mit allen den Mitteln, die aus dem alten Belagerungszustandsgesetz übernommen sind, also eventuell auch mit Mitteln, die außerhalb der bestehenden Gesetze liegen. Im letzten Grunde handelt es sich für Sie (zu den Soz.) doch nur darum, Ihre Gewalt zu mißbrauchen zum Schutze Ihrer Parteifreunde. (Zehr richtig! bei den U. Soz.) Sie spielen sich seit dem November 1918 auf als die Hüter und Generalpäpste der wahren und einzigen Gerechtigkeit. Es tut mir, daß Ihnen einmal die menschliche Farbe abgerissen wird. (Leb. Beifall bei den U. Soz., große Unruhe und

Lärm bei den Soz.) Ihr Schrei nach Gerechtigkeit ist nichts weiter als der Schrei nach dem Bürgerkrieg zum Schutze Ihrer Parteinteressen. (Vizepräsident Kaufmann: Der Ausdruck „die Masse vom Gesicht reißer“ versteht gegen die Ordnung des Hauses, wenn er gegen Abgeordnete gemeint ist.)

Artikel 49 wird in der Fassung des Antrags Vetele mit Einfügung nach Antrag Raderstein angenommen. Der Antrag Raderstein auf Streichung des Wortes „Ordnung“ wird abgelehnt.

Artikel 51 (Gegenzeichnung), Artikel 52 (Vertretung des Reichspräsidenten), Artikel 53 (Reichsregierung) werden ohne Erörterung angenommen. Artikel 54 und 55 werden nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Die Artikel 61 ff., die den Reichsrat betreffen, beantragen die Unabhängigen Sozialdemokraten zu streichen und dafür zu setzen, daß jedes deutsche Land zur Vertretung bei der Gesetzgebung und bei der Verwaltung des Reiches mindestens 1 oder höchstens 3 Mitglieder seiner Regierung zur Reichsregierung abordnet. Der Antrag wird abgelehnt.

Der Abschnitt über den Beirat wird ohne weitere Erörterung nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen, bis auf Art. 62 und 64 bezüglich des Stimmverhältnisses im Reichsrat, die später im Zusammenhang mit dem zurückgestellten Artikel 18 beraten werden sollen.

Bei Artikel 60, der von der Einbringung von Gesetzesvorlagen handelt, macht

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) darauf aufmerksam, daß der Art. 102 dem Reichswirtschaftsrat die Befugnis beleihe, seinerseits sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzesentwürfe einzubringen. Er verlangt, daß Artikel 102, der im übrigen die Bestimmungen über das Räteystem enthält, zusammen mit Artikel 60 beraten wird.

Da er in langer Geschäftsordnungsdebatte auf allen Seiten Widerspruch erfährt, beschränkt er schließlich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Infolgedessen bricht Präsident Feinze nach die Verhandlungen ab. Weiterberatung wird auf Montag, 2 Uhr, vertagt.

Sächliche Angelegenheiten.

Die neuen Bezirksverfassungen.

Das Gesetz über die Wahlen zu den Bezirksverfassungen, Bezirks- und Kreisverfassungen hat durch die Beschlässe der Volkskammer eine wesentliche Umgestaltung erfahren. Die wesentliche Änderung besteht darin, daß die im § 2 des Regierungsentwurfs vorgesehene Bestimmung, daß der Amtshauptmann der Vorsitzende der Bezirksversammlung ist, gestrichelt worden ist. Dafür ist dem § 2 der folgende Passus angefügt worden: „Die (die Bezirksversammlung) wählt ihren Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Vorsitzende hat im Einvernehmen mit dem Amtshauptmann die Bezirksversammlung einzuberufen und hat sie zu leiten. Der Amtshauptmann nimmt an den Versammlungen teil und hat das Recht, jederzeit das Wort zu nehmen.“

Der § 3, der von der Wahlkreiseinteilung handelt, hat als § 4 folgende Fassung erhalten:

Die Gemeinden, die nicht eigene Wahlkreise bilden und die selbständigen Gutsbezirke eines Bezirksverbandes sind so zu Wahlkreisen zu vereinigen, daß auf jeden Wahlkreis, entsprechend seiner Einwohnerzahl, mindestens drei und höchstens acht Abgeordnete zur Bezirksversammlung entsenden. Diese Wahlkreise (zusammengesetzte Wahlkreise) müssen ein zusammenhängendes Gebiet bilden. Eine Gemeinde darf nicht verschiedenen Wahlkreisen angehören. Die Verkehrsbeziehungen und Gleichartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse sollen bei der Bildung der Wahlkreise berücksichtigt werden.

Wichtig ist auch der Wegfall der Forderung des einjährigen Wohnsitzes im Bezirk für die Wählbarkeit.

Eine vollständige Umgestaltung hat § 10 der Vorlage erfahren. Dieser Paragraph hat jetzt folgende Fassung:

Die Wahlen zur Bezirksversammlung, zum Bezirksauschuss und zum Kreisauschuss sind geheim. Zwei und mehrere Personen sind nach den Grunddaten der Verhältniswahl mit gebundenen Stimmen zu wählen. Die Wahlvorschlüsse sind von mindestens drei Stimmberechtigten zu unterzeichnen, sie können verbunden werden. Scheidet ein Gewählter vor Ablauf der Wahlzeit aus, so tritt an seine Stelle der Bewerber ohne Erfolgswahl ein, der gewählt sein würde, wenn der Ausgewählte bei der Feststellung des Wahlergebnisses als Bewerber ausgefallen wäre. Die Einzelheiten der Wahl sind durch Ausführungsverordnungen zu regeln. Wird nur eine Person gewählt, so ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält. Hat niemand so viel Stimmen erhalten, so kommen die beiden, die die meisten Stimmen erhalten haben, in die engere Wahl. Haben mehr als zwei Bewerber die meisten und gleichviel Stimmen erhalten, so entscheidet das Los darüber, wer in die engere Wahl kommt. Das Los entscheidet auch dann, wenn auch die engere Wahl keine Stimmenmehrheit ergibt. Scheidet ein Gewählter vor Ablauf der Wahlzeit aus, so ist eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Diese Vorschriften gelten auch für die Wahlen in den Bezirksverfassungen, Bezirksauschüssen und Kreisauschüssen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, kann jedoch bei diesen Wahlen von der geheimen Abstimmung und der Anwendung der Verhältniswahl ganz oder teilweise abgesehen werden.

Die Steuerhinterziehungsfrage.

Der Stadtrat zu Leipzig hatte eine Aenderung des Nachtrags zum Finanzgesetz dahingehend beantragt, daß von den Steuerhinterziehungsstrafen, die seitens der Gerichte auferlegt werden, künftig derjenige Teil in die Gemeindefasse fließen solle, der die Hinterziehung der Gemeindefsteuer betreffe. Zum Verständnis ist zu bemerken, daß nach der gegenwärtig geltenden Regelung alle Steuerstrafen in die Gemeindefasse fließen, wenn der Strafbescheid von der gemeindefassen Steuerbehörde erlassen ist, während die Steuerstrafen in die Staatskasse fließen, sobald die Steuerstrafe durch das Gericht erkannt wird. Die letzteren Fälle werden sich durch die Einführung der Gefängnisstrafe (wegen schwerer Steuerhinterziehung) vermehren, weil auf Gefängnisstrafe nur von den Gerichten erkannt werden kann. Der Finanzauschuss A der Volkskammer lehnte sich wegen dieser Eingabe mit der Regierung in Verbindung. Das Finanzministerium erklärte, daß es zu einer Aenderung des gegenwärtigen geltenden Zustandes bereit sei. Freilich könne eine Regelung im Sinne der Eingabe nicht in Betracht kommen, sondern nur eine Regelung dahin, daß alle wegen Staatssteuerhinterziehung erkannten Strafen in die Staats-, alle wegen Gemeindefsteuerhinterziehung erkannten Strafen in die Gemeindefassen fließen; auch das Justizministerium halte den letzteren Standpunkt für richtig. Der Ausschuss mußte anerkennen, daß grundsätzlich nur die beiden Möglichkeiten bestehen; entweder die vom Finanzministerium oder Justizministerium beschlossene Neuregelung eintreten zu lassen, und es beim gegenwärtigen Rechtszustand zu belassen. Da kein Zweifel sein kann, daß die Eingabe, wenn man sie vor diese Wahl stelle, sich für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes entscheiden würde, so beschloß der Ausschuss, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Einführung des Sommerfahrplanes.

Der Sommerfahrplan soll nun doch, wenn auch nicht in vollem Umfange, und zwar am 9. Juli, im Bereiche der sächsischen Staatsbahnen eingeführt werden. Der jetzt auf den Hauptlinien bestehende Reiseerlaubniszwang soll auch nach Einführung des neuen Fahrplanes wenigstens vorläufig noch beibehalten werden, weil sonst bei dem bevorstehenden Ferienbeginn ähnliche Verhältnisse zu erwarten wären, wie sie seinerzeit zur Einführung des Erlaubniszwanges geführt haben. Es ist aber dafür Sorge getragen worden, daß Erlaubnisbedürftige, die mit ihren Angehörigen einen Sommeraufenthalt von mindestens einer Woche auf dem Lande nehmen wollen, für diesen die Erlaubnis zur einmaligen Hin- und Rückreise ohne Schwierigkeiten erhalten. Bei Reichs-, Staats- und Gemeindeangehörigen einschließlich der Geistlichen und Lehrer genügt hierzu eine Bescheinigung der vorgesetzten Behörde, aus der die Dauer des Urlaubs, der Ort des gewählten Sommeraufenthaltes und die Zahl der mitreisenden Angehörigen zu ersehen sind, bei Privatangehörigen und Arbeitern eine gleiche vom

Unternehmer ausgestellte und von der zuständigen Handels- und Gewerbebehörde beglaubigte Bescheinigung, ohne daß in diesen Fällen ein ärztliches Zeugnis gefordert wird.

Der Meuring-Prozess

soll nicht am 19., sondern am 21. Juli beginnen. Angeklagt sind: Schlosser Otto Wimmer, Schlosser Gustav Thamm, Hochbautechniker Will Schreiber, Bierweger Rudolf Erkel, Seemann Rudolf Barisch, Bäcker Max W. der, Tischler Heinrich Heynemann, Bäcker Georg Gottlieb und der Dekorationsmaler Emil Pitsch. Sie sind beschuldigt, Meuring auf die Brücke geschleppt, von dort in die Elbe geworfen und dann auf den Schwimmenden geschossen zu haben. Zwei weitere Personen sind der Beihilfe angeklagt. Für den Prozeß sind drei oder vier Verhandlungstage in Aussicht genommen. Es sollen etwa 40 Zeugen und drei Sachverständige vernommen werden.

Verhandlungen im sächsischen Bergbau.

Die Bergarbeiter im Zwickauer und Oelsnig-Quaner Revier erheben neue Forderungen. Sie verlangen u. a. 25 Mark Schichtlohn, 500 Mark Krankengeld; freie ärztliche Behandlung der Familienmitglieder, 60 Prozent Krankengeld, Urlaub mit Lohnzahlung. Es sollen nunmehr hierüber schiedsgerichtliche Verhandlungen in Zwickau stattfinden, wozu die Regierung den Vorstehenden ernennen soll. Bei diesen Verhandlungen sollen mitwirken: Oberbürgermeister Dolz-Zwickau, Kommerzienrat Bogal-Chemnitz, Generaldirektor der Zwickauer Maschinenfabrik Heinrich-Rosdau für die Arbeitgeber und die Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes Krause-Chemnitz, des Erzlarbeiter-Verbandes Graupe-Zwickau, der sächsischen Gewerkschaften Voigt-Dresden.

Sächsische Kohle für Sachsen.

Nach Meldungen aus Dresden hat die tschechoslowakische Republik die Erlaubnis zur Ausfuhr böhmischer Braunkohle nach Sachsen erteilt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Leipziger Buchdruckereiarbeiter nahmen in ihrer letzten

Versammlung Stellung zu dem Verhalten ihres angestellten Vorsitzenden Vehren. Gegen zwei Stimmen bei einigen Enthaltungen wurde beschlossen:

1. „Das Fehlen des Vorsitzenden Vehren der Zahlstelle Leipzig, welches wiederholt in den letzten Funktionärversammlungen zu heftigen Auseinandersetzungen und Protesten führte, gab Anlaß, am 6. Juni den Antrag anzunehmen, daß Vehren in der heutigen Versammlung zu erscheinen habe. Da diesem Antrag nicht Folge geleistet worden ist, können wir auch fernerhin gutes in heutiger Zeit durch Vehren nicht erwarten. Folgedessen erhebt die heute versammelte Arbeiterschaft den Antrag, dem Vorsitzenden Vehren den Zutritt zu den Büroräumen zu untersagen, bis durch die Zentralstelle Berlin eine Klärung in dieser Sache geschaffen, und in einer baldigen Mitgliederversammlung erörtert worden ist.“

2. „Die letzte Verwaltung wird beauftragt, sofort bei der Zentralstelle zu beantragen, den Kollegen Vehren von Leipzig wegzunehmen, da Vehren in Leipzig unmöglich ist.“

Unter Punkt 2 der Tagesordnung wird beantragt, daß laut Beschluß der letzten Versammlung die Kollegen Grosch als Vertreterin zum Gewerkschaftsamt von der Funktionärwahl bestimmt werden ist, was akzeptiert wird. Ferner gibt Kollege Kretschmar bekannt, daß in nächster Zeit Urabstimmung für den Posten des 1. Verbandsvorsitzenden stattfinden. Er empfiehlt, um Stimmengerverteilung zu vermeiden, den Kollegen Pucher zu wählen. Angenommen wurde ferner folgender Antrag:

„Die am 10. Juni im Pantheon tagende Mitgliederversammlung der Buch- und Zeitdruckereiarbeiter und Arbeiterinnen spricht sich gegen die bisherige Politik der Generalkommission der Gewerkschaften aus, sie fordert von ihren Vertretern eine entsprechende Wahrung ihrer Interessen.“

Einzelorganisation der Musiker.

Eine am 15. Juni im Volkshaus abgehaltene Versammlung von Musikern und Musikerinnen erklärte in einer Entschließung, sie erblicke in der vollen Einzelorganisation (Verschmelzung der bisherigen Verbände) unter freigewerkschaftlichem Anschluß und gleichzeitigen Anschluß an das Erbkartell der Arbeitergemeinschaft freier Angestellterverbände die einzige Verwirklichung der Musikerorganisation als überwinden. Die Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel verleiht eine intensivere Wahrnehmung der Berufsinteressen, besonders bei Tarifverträgen, den Arbeitsbedingungen, dem Mitbestimmungsrecht bei Anstellung und Entlohnung, sowie bei Schaffung von Ferien und freien Tagen für Angestellte. Die Versammlung protestiert gegen die bevorstehende Gesetzesvorlage des Streikverbots. Da die Musikanten bei ihren jahrzehntelangen Forderungen in Bezug auf Verbesserung, Miltär- und Beamtenkonturrenz, sowie anderer wirtschaftlicher Fragen seitens der öffentlichen Organe keine oder kaum nennenswerte Unterstützung fanden, wird für Leipzig die Parole ausgegeben, bei den Arbeiterratswahlen die untre Kandidaten enthaltende Liste der Gewerkschaften zu wählen.“

Die Urabstimmung über den Tarifvertrag in der Leipziger Metallindustrie hat eine geringe Mehrheit für den Verriren erarben und war in der Fassung, wie ihn die Große Vertrauensmännerversammlung der Metallindustrie vorgeschlagen hat.

Von Nah und Fern.

Bahnhofbrand in Webra.

Webra, 6. Juli. Heute Abend ist in der Güterhalle des Bahnhofs Feuer ausgebrochen, das großen Schaden angerichtet hat. Auf ca. 100 Güterwagen sind ausgebrannt.

Webra, 7. Juli. Die Umstände des Bahnhofbrandes legen die Vermutung nahe, daß es sich um eine Brandstiftung durch Spartaisten (!!) handelt. Von Kassel ist eine Truppenabteilung nach Webra abgegangen.

Verhängnisvoller Blüßschlag

Berlin, 7. Juli. In Langenfeld bei Solingen schlug der Blitz in ein englisches Munitionslager, das in die Luft flog. Wie die Blätter berichten, wurden acht englische Soldaten getötet.

Petroleumsfund in England.

Amsterdam, 6. Juli. Laut Telegramm meldet die Petroleum Times, daß in Norfolk ein Feld von ungefähr 100 Quadratmeilen Flächenraum entdeckt worden ist, das schätzungsweise 100 Millionen Tonnen Petroleum enthält. Es wurden bereits mehr als 10 Millionen Tonnen Erdöl produziert.

Der Dceanflug

Boston, 5. Juli. (Neuter.) Das Luftschiff R. 34 befindet sich in Not und hat einen Torpedobootzerstörer gebeten, es in Schlepptau zu nehmen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Liebmann in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Willer, Vordorfer-Verlag. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Vitter-Jellicke.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Königs-Pavillon

Promenadenstraße 8 (am Thomasing)
Fernruf Nr. 19271.

Nur noch einige Tage!

Quo vadis?

(Wohin gehst du?)

6 Akte

An 10000 mitwirkende Personen

Vorführung dieses
einzig existierenden

Riesen-Prunkfilms:

4, 6 1/4, und 8 1/2 Uhr.

Kasino-Lichtspiele

Neumarkt :: Dresdner Hof
Fernruf Nr. 19950.

Noch wenige Tage!

Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit

oder:

Seid einig! Einig! Einig!

Größtes sozialpolitisches Tendenz-
Drama in 5 Akten aus der Zeit von
1914 bis in die Novembertage 1918.

Der letzte Gang

Tragödie in 4 Akten,
in der Hauptrolle

Theodor Loos.

Anfang 4, 6 1/4, und 8 1/2 Uhr.

Welt-Theater

Barfußgasse :: Am Markt
Fernruf Nr. 4870.

Alexander Moissi

in

Die Augen des Ole Brandis

Drama in 4 Akten.

Theodor Loos

in

Der letzte Gang

Tragödie in 4 Akten.

Wochentags: 4, 6 1/4, und 8 1/2 Uhr.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Telephon 3420

Telephon 8420

Bureau: Volkshaus, Zeiher Straße 32, Aufgang nur rechts, III. Etage.

Dienstag, den 8. Juli 1919, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung

im großen Saale des Volkshauses, Zeiher Straße 32.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandsstag. 2. Aussprache 3. Gewerkschaftl.

Zahlreicher Besuch dieser außerordentlich wichtigen Versammlung wird erwartet.

Die Mitgliedsbücher sind am Saaleingang voranzuliegen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband — Verwaltungsstelle Leipzig.

Deutscher Textilarbeiterverband

Filiale Leipzig.

Dienstag, den 8. Juli 1919, abends 7 Uhr

Mitgliederversammlung

im Volkshaus, Gesellschaftssaal.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht vom 11. Quartal 1919. 2. Bericht vom Gewerkschaftskongress. 3. Bericht von der Gaukonferenz. 4. Diskussion der Anträge zur Generalversammlung 1919. 5. Gewerkschaftliches.

Recht zahlreichem Besuch steht entgegen

Der Vorstand.

Bauarbeiter-Verband

Telephon 8076.

Zweigverein Leipzig.

Telephon 8076.

Bureau im Volkshaus. Bureauzeit 9-1 und 4-8 Uhr. Sonnabends von 9-2 Uhr

Bezirks-Versammlungen

Donnerstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, in:

Connewitz, Gambinus, Biedermannstraße
Gohlis, Nickau-Ausshank, Elsbethstraße
Aleinzhocher, Bürgergarten, Windorfer Straße
Sößteritz, Kleines Volkshaus, Zuckelhäuser Straße
Sellerhausen, Bildene Aue, Dorffstraße
Volkmarshaus, Zum Schiffschen, Zollkoserstraße
Zentrum, Volkshaus, Zeiher Straße 32.

Freitag, den 11. Juli, abends 7 Uhr, in:

Gaugitz, Thüringer Hof, Coburger Straße
Lindenau-Plagwitz-Schleußig, Turnhalle, Calviusstraße
Leutzsch, Restaurant Vater Sahn
Mochau, Ratskeller
Möckern, Kleines Birkenhölzchen.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die gesetzlichen Rechte der Baudelegierten.
 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
- Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen jedes einzelnen.

Der Vorstand.

Metallarbeiter

Verband

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher nach dem Verlangen der Mitglieder entliehen werden. Die Abrechnung der Bibliothek erfolgt innerhalb drei Tagen.

Westen. Dienstag, 8. Juli, abends 7 Uhr, in der Turnhalle, Lindenau, Calviusstraße: **Sitzung der Vertrauensleute, Ausschüsse und Arbeiterräte.** Tagesordnung: Vortrag vom Arbeitersekretär Jablonowski: Das moderne Arbeiterrecht. Die Fragebogen von der letzten Sitzung sind mitzubringen. Agitationskomitee L.-West.

Schmiede. Mittwoch, den 9. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus: **Versammlung für alle in den Kleinbetrieben beschäftigten Schmiede.** Tagesordnung: Stellungnahme zu dem gefällten Schiedspruch. Vollständiges Erscheinen ist unbedingt notwendig. Die Branchenleitung.

Graveure. Mittwoch, den 9. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Nebenraum links: **Versammlung.** Tagesordnung: Unsere Lohnforderungen vor dem Schlichtungsausschuss. Aussprache und Beschlußfassung darüber.

Bauschlosser und Konstruktionsarbeiter. Freitag, den 11. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus: **Branchenversammlung.** 1. Vortrag des Koll. Schilling über: Vetelebe etc. 2. Wichtige Branchenangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Branchenleitung.

Bandagisten, orthopäd. Mechaniker. Freitag, den 11. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus: **Versammlung.** Erscheinen sämtlicher Kollegen unbedingt erforderlich. Das Agitationskomitee.

Achtung, Steinarbeiter

Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr:

Große Mitgliederversammlung

im Volkshaus, Saal Mitte.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1919.
 2. Bericht über die Verhandlungen vom Schlichtungsausschuss
 3. Stellungnahme hierzu.
 4. Gewerkschaftliches.
- Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu dieser wichtigen Tagesordnung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Turnerbund Schönfeld

Donnerstag, den 10. Juli 1919, abends 7/9 Uhr

Halbjahrs-Generalversammlung

im Restaurant „Waldschlösschen“, Hauptstrasse

Tagesordnung wichtig.

Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Turnstunden des Vereins finden jetzt in der Schulturnhalle, Stöckelstrasse, statt, und zwar

Turnerinnen Montags und Donnerstags 7/8—10/10 Uhr

Turner Mittwochs 7/8—10/10 "

Vorturner Dienstags 7/8—10/10 "

Schüler Dienstags u. Donnerstags 7/8—10/10 "

Schülerinnen Montags u. Mittwochs 7/8—10/10 "

Freunde und Interessenten sind zu den Turnabenden herzlich willkommen.

Der Turnrat.

Impfzwang-Gegner

Mittwoch, den 9. Juli, abends 7/8 Uhr:

Versammlung im Sanssouci.

Alle Männer, alle Mütter, die da wünschen, daß der Impfzwang beseitigt wird, kommt und heilt mit. Deutscher Reichsverband zur Bekämpfung der Impfung (Kreisgruppe Leipzig) Südstraße 88, 1

Familien-Nachrichten

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben unvergeßlichen Mannes und lieben Vaters, Herrn

Karl Gustav Gründling

sagen wir hierdurch allen unsern herzlichsten Dank. Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein Ruhe sanft in dein süßes Grab nach.

In tiefem Schmerz
S t a b m e i n, den 7. Juli 1919.
Frau **Wilhelmina verw. Gründling**
nebst Kindern.

Lichtspiele Alberthalle im Krystall-Palast.

2 Krstaufführungen! 2 Krstaufführungen!
Heute und folgende Tage!

Ein großes Sensations-Doppel-Programm

Der Meister-Detektiv

Harry Hill

in dem Sensations-Detektiv-Abenteuer

Prozeß Worth

5 spannende Akte.

Geflüster des Teufels

Gesellschafts-Tragödie in 5 Akten.
Hauptrolle: **Esther Carena.**
Anfang Sonntags 3 Uhr. Wochentags 7/8 Uhr.
Bis 8 Uhr Jugendvorstellung.

Kohlen
sind knapp. Kaufen Sie rechtzeitig
Brennholz :: Brenntorf
vorrätig in Ia Qualität
markenfrei!

Theodor Winkler G.m.b.H.
M.-Th. Frelladebahnhof
Tel. 50952.

Hallo, Ihr Mütter!
Alle Frauen, die einen Säugling haben, wollen ihre Adresse angeben zwecks Besuchs. Es handelt sich um **Kinderernährmittel** und um Aufklärung verschiedener interessanter Sachen. Also veräumen Sie nicht, noch heute zu schreiben an **Frau M. Bieweg, K.-Klein- s ch o c h e r, Klingenstr. 48, II. r.**

Scharf machen der Messerlingen und Schleifen im Hause.
Für jeden Selbststraffer unentbehrlich. — Reichspatent!
Näheres Prospekt V.
Weißall, Leipzig.
Postfach 186.

Kleine Inserate können anweisungen geschriebe. Das Wort beträgt für Postanweisungen bis 5 Mk. 15 Pf.

Nach kurzem schwerem Leiden verschied heute mein lieber Mann, unser herzlichster Vater, lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Monteur

Robert Röder

im Alter von 49 Jahren.
In tiefstem Schmerz zeigen dies hierdurch an
L. - S ch d n e f e l d, Wägnersstr. 6, II., den 6. Juli 1919
Minna Röder und Kinder
nebst allen Angehörigen.

Die Beerdigung findet Dienstag, nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des Schönfelder Friedhofs aus statt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Ortsverein S.-Ost. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung im Bibliothekszimmer. — Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, auf der Stünzer Wiese, Kinderspiele. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Kinder zum Besuche dieser Spiele anzuhalten.

Die 400000-Mark-Affäre vor Gericht.

Vor der Strafkammer des Leipziger Landgerichts findet morgen die Hauptverhandlung in dem Prozeß gegen die Genossen Scheib und Krug statt. Es handelt sich um den bekannten Vorgang vor dem Oberbürgermeister während des Generalstreiks in Leipzig. Wir werden über die Verhandlung berichten.

Oberstaatsanwalt Böhme †.

Wallenstein war ein Böhme, aber Böhme war noch lange kein Wallenstein und doch bildete er sich ein, einer zu sein. Er hat als Landgerichtsdirektor, als Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt in den Gerichtssälen in Chemnitz und Leipzig nicht nur offen bekannt, daß er als seine Lebensaufgabe die Vernichtung der Sozialdemokratie betrachte, sondern er hat diese erhabene Aufgabe der gesamten Justiz zugewiesen und sie damit offen als Klassenjustiz gekennzeichnet. Oft genug fand er Gerichte, die seiner Auffassung und seinen Anträgen folgten und schwerste Strafen oft für Bagatellden aussprachen, es ist aber auch vorgekommen, daß eine oder die andere Strafkammer die Sache zu ungesundlich fand und ihn mit seinen habnebnähen Strafanträgen abblühen ließ. So hat er zum Beispiel mit der 4. Strafkammer des Leipziger Landgerichts in heftiger Fehde gelebt, wofür er sich an den Richtern dadurch rächte, daß er auspaßte, ob sie früh auch pünktlich zum Dienst kamen und sie bei Verzeßlungen anzeigte. Böhme war der Typus des reaktionären stumpfsinnigen, bösartigen sächsischen Juristen und wenn man ihn in seinem Elfer bei der Sozialistenvernichtung sah, so schlug der Born meist in Lachen um; zuweilen freilich mußte er abgestraft werden und da konnte man sicher sein, daß er Wort für Wort im nächsten Prozeß vorbrachte und dem „Angeklagten“ vorhielt. Was ihn aber besonders auszeichnete, das war seine Sucht, die angeklagten Redakteure, ja sogar die abwesenden, persönlich zu beschimpfen. Wurde ihm dann auf der Stelle geblent, so ging er mit Anträgen auf Ordnungsstrafen vor und erreichte auch, wie im Falle Kressin, eine Bestrafung. An den Namen Böhme knüpfen bedeutungsvolle politische Prozesse aus der Zeit von Ende der achtziger Jahre bis zum Kriegsbeginn. Unser verstorbener Genosse Stablaggen war einmal gezwungen, Böhme im Gerichtssaal als Verleumder zu brandmarken; es war in dem Prozeß des Genossen Albert Schmidt aus Burgstädt, bei dem Genosse Schmidt zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

Böhmes „Blanzzeit“ war aber dann in Leipzig, wohin er von Chemnitz veretzt worden war. Mit einer wahren Wut stürzte er sich auf die Leipziger sozialdemokratische Bewegung, um ihr den Garaus zu machen. Die Strafen gegen die Redakteure unseres Blattes hagelten nur so nieder. Jilge erhielt 5 Monate Gefängnis, Lange 9 Monate, Kressin 8 Monate, Herre 6 Monate, Seger 5 1/2 Monate und Heinig 21 Monate; von kleineren Strafen ganz zu Schweigen. Als im Januar 1905 die russische Revolution ausbrach, als sich das Wiener Proletariat mit seinen großen Straßendemonstrationen das allgemeine Wahlrecht erkoch und als in Leipzig ebenfalls jene großen Demonstrationen gegen das sächsische Dreiklassenwahlrecht stattfanden, da sah Böhme seine Zeit gekommen um als Ritter Georg die bürgerliche Gesellschaft vor dem drohenden Untergang zu retten. Es hagelte Anklagen gegen unser Blatt und mit eifernder Stimme rief Böhme den Richtern immer zu, die Leipziger Volkszeitung will die russische Revolution auf deutschen Boden verpflanzen. In dem Prozeß gegen Genossen Heinig hat er sich indes auf den Gipfel geschwungen. Heinig war wegen angeblicher Aufreizung zum Klassenhaß angeklagt. Das Anklagematerial war jämmerlich härtig, desto größer war der Elfer Böhmes, einen Popanz daraus zu machen, mit dem die Richter in die nötige patriotische Stimmung veretzt werden konnten, damit sie seinen Anträgen folgten. Auf irgendwelche juristische Begründung ließ er sich gar nicht ein; es galt den politischen Gegner zu vernichten und so rief er in seiner Anklagerede den Richtern mit besonderem Nachdruck zu: „Sie werden hoch greifen müssen, wenn Sie der Leipziger Volkszeitung das Gehandwerk legen wollen!“ Die Richter folgten seiner Aufforderung und verurteilten Heinig zu 21 Monaten Gefängnis. Landgerichtsdirektor Bauerisch, der Vorsitzende des Gerichts, wurde bald darauf zum Oberlandesgerichtsrat ernannt.

Einzelne Streiter konnte man treffen, die soz. Bewegung nahmen aber gerade in jener Zeit einen außerordentlichen Aufschwung, woran Böhme mit seiner Verfolgung ihrer Vertreter seinen rechtlichen Anteil hat. Von seiner Verfolgungswut zeugt ein Vorkommnis, das heute anzuführen nicht überflüssig ist. Eines schönen Vormittags mußte die gesamte Redaktion zu gleicher Zeit auf der Staatsanwaltschaft erscheinen, so daß das Blatt nicht erscheinen konnte.

So schwere Opfer die Verfolgungswut Böhmes einzelnen Partei-genossen auferlegt hat, so haben wir die Genugtuung, daß Böhme erlebt hat, daß sie nicht umsonst gebracht wurden, er hat den ersten Teil der deutschen Revolution erlebt und wenn er noch einige Zeit leben konnte, so würde er die radikale Beteiligung der sächsischen Klassenjustiz erleben, die heute offenbar noch glaubt, sie sei noch fest gegründet.

Eine Berichtigung.

Am 30. Juni ist der Redaktion der „Freien“ Presse folgende Berichtigung vom Stadtverordneten Genossen Dr. Barthel zugegangen, die aber bis heute noch nicht abgedruckt worden ist.

An die Redaktion der Freien Presse

In Ihrer Nummer vom 19. Juni bringen Sie unter der Spitzmarke: „Ein Leipziger Unabhängiger als beunruhigter Agrarier“ einen Artikel, der sich mit meiner Person beschäftigt. Auf Grund des Preßgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung in Ihrer Zeitung.

Sie schreiben: Er (Barthel) behde die Bauern auf die Milch zwangsweise nur noch bis zum 30. Juni abzuliefern, von da ab aber die Lieferung einzustellen und dafür pro Kuh etwa drei Liter Milch resp. die Butter davon zu liefern, aber zu einem Preis von 6 Mk.

pro Pfund, während jetzt das Pfund Butter zum Preise von 3 Mk. pro Pfund abgeliefert wird.

Das ist nicht wahr. Wahr ist vielmehr folgendes: In der Versammlung habe ich ergeben, daß die preussische Regierung die Forderung der Landwirte, das in Sachsen geübte Umlageverfahren, an Stelle der Milch Butter zu liefern und eine angemessene Erhöhung der Butterpreise zu genehmigen, überhaupt nicht beantwortet habe. Dieses Gebaren bestimmte die Landwirte, durch Streikandrohung und Frischlegung bis 28. Mai 1919 die Regierung zur Stellungnahme zu zwingen. Darauf habe ich durch vieles Zureden die Versammlung veranlaßt, die Frischbestimmung wenigstens bis 30. Juni auszudehnen.

Ich bin es ferner gewesen, daß der Verein gegen die behördliche Preisverwertung Stellung nahm. Auf meine Veranlassung hat die Kreisstelle Torgau schriftlich erklärt, daß sie die der Molkerei auferlegte Handelsgebühr von 20 Pfg. auf ein Pfund Quark fallen läßt, eine bedeutende Summe, wenn man bedenkt, daß monatlich 200 Zentner teils der Molkerei geliefert werden.

Ferner hat es sich in der Versammlung herausgestellt, daß die Molkerei ihre Butter für 2,70 Mk. an die Kreisstelle Torgau abgeben muß, der Rat der Stadt Leipzig aber an die Reichsstelle, wie ich beim Rat festgestellt habe, 7 Mk. bezahlen darf. Für Gewichtsverlust und Spesen berechnet der Rat zu Leipzig noch 60 Pfg. für jedes Pfund, so daß also ein Preisaufschlag von 1,50 Mk. entsteht. Die Versammlung war mit mir der Ansicht, daß diese gewaltige Preiserhöhung durch die Reichsstelle, die den Einwohnern der Stadt Leipzig zur Last fällt, durch nichts gerechtfertigt ist, daß dagegen der kleine Landwirt bei der Regierung sehr wohl eine Preiserhöhung verlangen darf, da die Preise für Futtermittel und Düngemittel, Getreide und Böhme sehr gestiegen sind.

In dem Artikel wird weiter behauptet, ich hätte erklärt, das Landratsamt habe kein Recht gehabt, die Zentralfürsorge zu schließen. Es ist nicht wahr, daß ich mich allgemein gegen die Schließung ausgesprochen habe. Wahr ist vielmehr, daß ich verlangt habe, bei der Schließung hätten mich die Herren Verwaltungsbeamten den Urteilen der deutschen Richter unterzuordnen und nicht selbstherrlich zu verfahren.

Es ist nicht wahr, daß ich mich gegen die Milchrevision ausgesprochen habe. Wahr ist vielmehr, daß ich die Uebergriffe eines Milchrevisors zurückgewiesen habe, für dessen Entschädigung ich das Landratsamt schriftlich entschuldigt hat.

Zum Schluß will ich noch bemerken, daß der Kreisarbeiterrat Torgau mit meiner Stellung in dieser Angelegenheit vollkommen einverstanden ist. Endlich muß ich noch feststellen, daß seit Februar 1919 keinerlei Milchprodukte an die Stadt Leipzig geliefert werden.

Die Redaktion der „Freien“ Presse bringt es also fertig, die Berichtigung eines von ihr verdächtigen politischen Gegners nicht abzubringen. Das nennt sich journalistischer Anstand!

Die gepflünderte Specksendung.

Anfang voriger Woche sind auf dem Bahnhof in Leupsch zwei Boris mit Speck eingetroffen, die vom Roten Kreuz den vermundeten Engländern und Franzosen zugeführt werden sollten. Wie nun zuverlässig berichtet wird, ist dieser Speck von Eisenbahnbeamten gestohlen worden. Die Diebe haben den Speck vorwiegend an Eisenbahner verkauft. Ein Eisenbahner kaufte gleich für 800 Mk. Speck. Eine große Zahl andre Eisenbahner haben kleinere Mengen von 5, 10 und 15 Pfund, das Pfund zu 5 Mk., gekauft. Dieser Speck wird jetzt von Schuppleuten wieder zusammengeholt und nach dem Vollzeamt in Leupsch gebracht. Der verantwortliche Bahnhofsvorsteher ist derselbe Herr, der seinerzeit die Sicherheitsstruppe so schnell als möglich vom Bahnhof Leupsch entfernt wissen wollte. Diebstähle in diesem Umfange sind aber unter der Bewachung der Sicherheitsstruppe nicht vorgekommen. Bezeichnend ist, daß jetzt die ganze Angelegenheit vertuscht werden soll.

Leipzigs schlechter Ruf.

Im Tagesblatt schreibt ein — über die „gelinde“ Kommunalsteuer u. a.: Wichtig ist die Möglichkeit dieses in erträglichen Grenzen gebliebenen Einkommensteuerfaches sicher auch in der Hinsicht, daß sie vielleicht den schlechten Ruf etwas ausgleicht, in den Leipzig seit einiger Zeit durch die Ereignisse auf politischem Gebiete gekommen ist. Was ist das für ein unverschämter Schwundel! Leipzig dürfte gerade in der Hinsicht, die der Schmutz meint, den allerbesten Ruf beanspruchen. Leipzig ist fast die einzige Großstadt Deutschlands, in der es weder zu Wändierungen noch zu Straßenkämpfen gekommen ist, und das lediglich dank dem Umstand, daß es die radikalste, die disziplinierteste und aufklärteste Arbeiterschaft besitzt. Nicht einmal den Schmutz vom Schlege dieses — ist ein Haar gekrümmt worden, obwohl diese Wurdigen durch ihre angeborene Lügnerschaft am Kriegsende ihr gerütteltes Maß von Mißschul haben. Ja, sie haben sogar Roste geholt, und seitdem Roste da ist, leben die Einbrecher herrlich und in Freuden. In dieser Hinsicht könnte man allerdings von einem schlechten Ruf Leipzigs sprechen.

Genosse Gustav Hennig verläßt heute Leipzig, um nach Sera, der zukünftigen Stätte seines Wirkens, zu gehen. Das Hennig in Leipzig im Bibliothekswesen, in der Jugendbewegung und im Bildungswesen geleistet hat, sicher ihm den Dank der Leipziger Arbeiterschaft für fernere Zeiten. Mit Eifer und Ausdauer hat sich Hennig in den vier Jahren an die Reform der Arbeitervereinsbibliotheken gemacht und hat es erreicht, daß all das überholte, seichte Zeug daraus verschwunden und an dessen Stelle gediegene wissenschaftliche und schönegeistige Literatur getreten ist. Es gab dabei viel Widerstände zu überwinden. Aber die rastlose Arbeit hat Früchte getragen, die Hennig für die Mühe lohnien. Die Leserzahl nahm sprunghaft zu und die ganze Arbeit fand in der Zentralkierung des Bibliothekswesens zunächst seinen Abschluß. Welch riesige Mühe allein die Katalogisierung machte, weiß nur der, der ähnliche Arbeiten gemacht hat. In die gleiche Zeit mit dem Aufschwung des Bibliothekswesens fielen die Anfänge der Jugendbewegung, die allein schon eine volle Kraft erforderte. Im Jahre 1906 wurde dann in Leipzig das Arbeiterbildungsinstitut gegründet, woran Hennig hervorragend beteiligt war. Was war natürlich, als daß er dessen erster Sekretär und Leiter wurde! Die vielseitige Aufgabe des Instituts darzustellen, ist hier nicht möglich, aber ein Zweig, der in letzter Zeit besonders gepflegt wurde, darf erwähnt werden, weil er hauptsächlich Hennigs Verdienst ist: die Konzerte. Die Gewandhaus- und Kammermusik den Arbeitern zugänglich zu machen, war keine leichte Aufgabe, aber dem unermüdbaren Eifer Hennigs ist die Erfüllung gelungen. Sein Weggang ist auch kein Scheiden im üblichen Sinne des Wortes, er wird von der Nachbarstadt oft an die Stätte seines früheren Wirkens kommen und im Kreise seiner Kampfgesossen ersten und heiteren Veranstaltungen betwohnen.

Der Bildungsausschuß hatte am Sonnabend im Saale des August-Schmidt-Hauses eine glänzliche Feier veranstaltet, die Freunde Mitarbeiter und Schüler des Scheidenden vereinte. Gefang des Thonberger Männerchors unter seinem Dirigenten Michael, Cellovorträge des Herrn Max Rießing, den Herr Littauer am Flügel begleitete, Vleder von Schuber, Wolff u. a., die Frau Schmidt-Fiegler, sich selbst begleitend, vortrug. Negotiationen des Herrn Enjst vom Stadttheater gaben den stimmungsvollen Rahmen. Genosse Bloch betrat in einer kurzen Ansprache den Dank und die Wünsche der Leipziger Genossen aus, wüchtigte in wenigen Strichen seine

fruchtbar Arbeit und rief ihm ein Blickauf für sein künftiges Wirken zu. Anschließend daran überreichte Genosse Otto Schmidt im Namen des Bildungsausschusses mit Freundschaftsworten ein Gedankalbum. Genosse Bergholz feierte die großen Verdienste des Scheidenden um die Jugendbewegung. Genosse Hennig dankte am Schluß für die Schenkungen der Freundschaft und Anerkennung — seine Worte zeigten, daß er sich nur schwer von seiner Leipziger Wirksamkeit trennt. Dem Wunsch des Genossen Schmidt entsprechend, daß er auch künftighin die Leipziger Genossen seine Hilfe nicht verlagern möge, schloß er mit einem zuversichtlichen: Auf Wiedersehen!

Das Kinderturnfest des Leipziger Arbeiterturnbezirks, das am Sonntag im Brauereigarten zu Stötteritz stattfand, gestaltete sich zu einer imposanten Massenkundgebung der jungen Garbe des Bundes. War schon der schier endlose Festzug eine wirkungsvolle Demonstration für den Umfang des Schüler- und Schülermenturns der Leipziger Arbeiterturnvereine, so wurde es doch noch übertraffen von dem überwältigenden Einbruch der circa 1800 Freiwilkgungsturner, die auf der großen Festwiese des Brauereigartens ihr bestes Können bezeugten den nach Tausenden zählenden Zuschauern vorführten. Volkstümliche Wettbewerbe im Laufen, Springen und Werfen förderten später achtbare Leistungen und muntere Wett- u. Neckspiele beschloffen das wohlgelungene Fest. Interessant war den Teilnehmern die in der Bezirksungsansprache des Bezirksvorsitzenden gemachte Mitteilung, daß der Festzug erst verboten, dann aber, auf Beschwerde beim sächs. Ministerium, unter der Bedingung freigegeben sei, daß keine roten Fahnen mitgeführt werden dürften! Wie wir hören, ist auch den Berliner Arbeiterturnern der Festzug für ihr Kinderfest verboten worden. Am gleichen Tage fand jedoch der bürgerliche Statistenlauf Potsdam-Berlin statt, zu dem der Reichspräsident eine Bronzetafel stiftete und alle benötigten Strafen zur Verfügung standen. Es hat sich also im neuen Deutschland nichts geändert.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am nächsten Mittwoch und Freitag statt. Das Kollegium wird unter anderem zu beraten haben über eine Eingabe wegen Herabsetzung der Lebensmittel-Einkaufspreise für Lebensmittel; über Ausgestaltung des städtischen Arbeitsnachweises zu einem städtischen Arbeitsamt usw.; über Bewährung von Arbeitslosen an die Arbeitslosen und Erlass der Steuern; über eine Eingabe wegen Erhöhung der Unterstützung für die Arbeitslosen und wegen Inangriffnahme von Notstandsarbeiten; über a) Neuregelung der Arbeiterlöhne, b) Gewährung von Feuerungsbeihilfen an Ruheständler usw., c) eine Eingabe wegen Erhöhung der Ruhegehälter; über den Antrag betr. Gewährung von Feuerungszulagen an Beamte, Angestellte und Lehrer.

Die Verbilligung der Auslandsdienstmittel soll nach einer Mitteilung des Ernährungsamts wie in Berlin auch in Leipzig vom 7. Juli ab in Wirksamkeit treten. Die Ausgabe von Talg und Mehl in der nächsten Woche wird deshalb bereits zum ermäßigten Preise erfolgen. Es kostet 1/2 Pfund amerikanisches Mehl 48 Pfg. statt 1.11 Mk., 100 Gramm ausländischer Talg 1.10 Mk. statt 1.26 Mk.

Außerordentlich günstiger Rechnungsabluß für 1918. Nach einer Mitteilung des Rats an die Statveordneten ist das Ergebnis der Einräufung zur Staatsrechnung im Kommerzienrat ein überraschend hohes. Inzwischen ist der Abschluß 1918 fertiggestellt und hat sich erheblich günstiger gestellt als ursprünglich angenommen wurde. Der verfügbare Reffenbestand der vier erlichen Gemeinde beträgt 10 30 492 Mark, derjenige der vangeligsten Schulgemeinde 2 099 488 Mk. Die so vorüberlich gültige Ergebnis ist hauptsächlich zurückzuführen auf den unerwartet hohen Ertrag der Steuern, ferner auf einige Vereinnahmungen bei den Einnahmen, namentlich beim Versteigerungswert, bei dem trotz der gewaltigen Preiserhöhung der Verbrauch nicht erheblich zurückgegangen ist, und schließlich auf recht bedeutende Minderausgaben bei den meisten Ausgabenposten. Der Rechnungsabluß für 1918 ist also außerordentlich günstig, und es ist möglich, einen erheblichen Betrag daraus zur Minderung der Steuerlasten für 1919 zu verwenden.

Schießereien von Regierungssoldaten. Eine Anzahl Leipziger Einwohner teilen uns mit: Wir betanden uns am Sonnabend abend auf einer Feldparzelle am Flugplatz Modau. Mäßig flogen an uns circa 10 bis 12 Infanteriegeschosse vorbei, welche niemand verletzte, was aber ein Wunder war, da viele Leute auf dem Felde waren. Wir stellten fest, daß vier Soldaten nach — Gassen schossen! Sie wurden zur Rede gestellt und verurteilten die Schießerei abzuleugnen. Können die Soldaten in dieser Weise Menschenleben gefährden?

Umfangreiche Diebstähle von Brotmarken. Der Bäckermeister Kühn in Leupsch, Weichstraße 87, hatte seine Weichbrotmarken vorchristlich gebündelt bei der Amtshauptmannschaft abgeliefert. Bald darauf wurde dem Bäckermeister von der Amtshauptmannschaft die Mitteilung, daß seine Marken nicht stimmen, es fehlten eine ganze Menge. Wegen der Differenz war die Frau des Bäckermeisters auf der Amtshauptmannschaft. Als sie zurückkam, sah sie, wie ein Mann in ihren Laden ging, der ihr schon immer aufgeflogen war, weil bis zu dreißig Pfund er das Weichbrot einkaufte. Sie ging nun dem Mann in den Laden nach und schloß sofort die Tür ab, dann ließ sie einen Schutmann holen. Der Mann trug bei sich ein Bündel der Weichbrotmarken, die der Bäckermeister Kühn kurz vorher bei der Amtshauptmannschaft abgeliefert hatte. Auf Befragen gab er an, er habe die Marken gestohlen. Bei seiner Untersuchung wurde bei ihm die Photographie eines Mädchens gefunden, die der Mann schnell wieder an sich rief und mit Stumpf und Stiel verpackte. Es besteht der Verdacht, daß die Photographie die Dame darstellte, die bei der Amtshauptmannschaft beschäftigt ist und mit dem Diebstahl der Brotmarken in Verbindung gebracht werden kann.

Für die Weichheit der Schule. Am 2. Juli veranfaltete die 8. Volksschule in ihrem Schulsaale einen von annähernd 200 Personen besuchten Elternabend, an dem Herr Lehrer Zimmermann über „Religionsunterricht und Volksschule“ sprach und dabei die Forderungen der sächsischen und deutschen Lehrerschaft auf diesem Gebiete vertrat. Eine aus der Mitte der Elternschaft eingebrachte und einstimmig angenommene Resolution erklärte volle Uebereinstimmung mit diesen Forderungen.

Die Auslandsdeutschen hielten am Sonntag im Zoologischen Garten eine Versammlung ab, in der sie eine Reihe Forderungen, vor allem Entschädigungsansprüche an die deutsche Regierung stellten.

Sommerferien. In diesem Jahre beginnen die Sommerferien der höheren Schulen Freitag, den 11. Juli, mittags 12 Uhr. Nach den Ferien wird der Unterricht am 19. August vormittags lehrplanmäßig wieder aufgenommen. In den Volksschulen beginnen die Ferien Montag, den 14. Juli, und dauern bis zum 14. August; der Unterricht wird also Freitag, den 15. August, vormittags, wieder aufgenommen.

P. Tödlicher Unfall. Am 4. d. Mts., nachmittags 1/2 Uhr, ist auf der Kreuzung Neuherr Hallische und Lindenthaler Straße eine 45 bis 50 Jahre alte Frau aus L.-Wohlitz von einem Kraftwagen überfahren worden und an den dabei erlittenen schweren Verletzungen sofort gestorben. Ob Fahrlässigkeit oder Selbstverschulden vorliegt, wird durch die sofort aufgenommene Untersuchung geklärt werden.

Die Beratungsstelle für Weichheitsfranke zu Leipzig hat ihre Geschäftsstelle in die eigens für sie ermittelten und eingerichteten Räume, Töpferstraße Nr. 8, Aufgang E, 1. Etage (Nähe Matthäikirchhof), verlegt.

Wächsliche Kinderchöre. Die Proben werden bis über die großen Ferien eingestellt.

Schlachthof. Dienstag, den 8. Juli, von 9 bis 12 Uhr: Nummer 75 000 bis 80 000. Ausgabe von Knochenbrühextrakt und Fleischsüße.

Zehnter deutscher Gewerkschaftskongress.

Viertes Verhandlungstages.

A. W. Nürnberg, 2. Juli.

Der Punkt 4 der Tagesordnung:

Die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften und das Rätesystem, wird fortgesetzt. Als Korreferent führt

Richard Müller-Berlin aus: Der Vertreter der Generalkommission hat gestern über die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften gesprochen. Aber es wehte auch nicht der leibliche Hauch einer neuen Zeit durch seine Worte; nicht einen neuen Gedanken hat er zum Ausdruck gebracht. Die Arbeitgemeinschaften sind ein Gebilde, das von den Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer geschaffen worden ist zwecks eines beiderseitigen Zusammenwirkens. Wir sind hier zusammengekommen, um uns durch einen Meinungsanschlag ein Urteil zu bilden über das, was werden soll. Das kann nur geschehen, wenn jeder seine Meinung rückhaltlos zum Ausdruck bringen kann. Wir müssen uns doch einmal klar vor Augen halten die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, wie sie der Krieg geschaffen hat, und die Mittel suchen, wie diese Verhältnisse beseitigt werden können. Der Referent Leipart hat hier ausgeführt, daß er kein Programm habe. In einer solchen Zeit muß man aber ein Programm haben. Das muß so gehalten sein, daß die Masse sich darum scharen kann. Aber nichts von alledem haben wir zu hören bekommen, und das droht dem deutschen Volke zum Verhängnis zu werden. Unsere Wirtschaft gleicht heute einem Trümmerhaufen. Unser Land ist von Produktionsmitteln, eine starke Arbeitsmangel ist eingetreten und unsere Volkswirtschaft ist von Korruptionen zerfressen. Was ist zu tun?

Wir müssen arbeiten, wir müssen Werte schaffen, wenn wir bessere Tage sehen wollen. Arbeitsfreude, Arbeitslust muß wiederkehren, wenn wir gefunden wollen. (Sehr wahr!) Sie rufen: „Sehr wahr!“ Ja, können wir das erreichen mit den heutigen staatlichen Einrichtungen? Die formale liberale Demokratie und die durch sie bedingten Verwaltungsapparate haben sich alle unfähig gezeigt. Die privatkapitalistischen Produktionsformen haben sich ebenfalls für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft als ungeeignet erwiesen. Wir verlangen daher die Einführung des Rätesystems. Die Generalkommission und der Referent Leipart lehnen diesen Gedanken ab. Leipart hat aber selbst gesagt, die Verwirklichung der Demokratie sei die erste Voraussetzung des Sozialismus. Wenn Monate haben wir diese Demokratie. Seitdem sind wir nicht einen Schritt vorwärts gekommen. Das Proletariat verlangt daher eine andre Demokratie. Das Proletariat hat sich eigene Kampforganisationen geschaffen. Es waren Werkzeuge im Klassenkampf. Andern sich die Formen des Klassenkampfes, so müssen sich auch die Werkzeuge ändern. Mit den alten Gewerkschaftsorganisationen konnten wir wohl vor dem Kriege auskommen, aber heute nicht mehr. Darum verleihe ich auch nicht die Entzweiung der Gewerkschaften, wenn die Genossen im Lande eine Umformung der Gewerkschaften verlangen. Wer sich dieser Bewegung entgegenstellt, über den werden die Verhältnisse hinweggehen.

Das Rätesystem ist durchaus nicht die Folge einer theoretischen Spekulation, einer gedanklosen Nachahmung des Systems in Rußland, sondern es wächst heraus aus den Verhältnissen. Von uns gilt es jetzt, den

Sozialismus zu verwirklichen.

Das Rätesystem soll nicht nur ein Werkzeug zur Erreichung des Sozialismus sein, sondern es soll auch dienen, den Sozialismus aufzubauen. Nach Rußland müssen wir allerdings blicken, damit wir nicht die Fehler begehen, die dort gemacht worden sind. Als im vorigen Jahre der Zusammenbruch kam, war es denn da, der das Getriebe aufrecht erhielt? Das waren doch die Arbeiter- und Soldatenräte. Und das alles, trotzdem niemals vorher in die Literatur für dieses Schaffen Anhaltspunkte vorhanden waren. Was damals getan wurde, hat gezeigt, welche Kräfte im Proletariat schlummern. Unsere Gegner haben nun die Fehler und Krankheiten jener Zeit genutzt, um sie gegen das Rätesystem weidlich auszunutzen. Die alten Verwaltungen bestanden noch weiter und es war daher kein Wunder, daß es

den herrschenden Klassen gelang, dem Proletariat die Macht wieder aus der Hand zu ringen. Das wir heute sehen, ist ja nur der kümmerliche Rest von den Errungenschaften der Revolution. Zu den Gegnern des Rätesystems halte ich nun nicht nur Sie, die offen dagegen auftreten, sondern auch die, die als angelegliche Freunde des Räteglaubens auftreten, um ihn dann zu verwässern. Dazu rechne ich auch die Generalkommission mit ihren und vorgelegten Richtlinien.

Der Kapitalismus hat die höchste Stufe erklommen; der Weltkrieg hat ihm den Todesstoß gegeben. Es gilt jetzt, nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Macht zu ergreifen. Es war ein verhängnisvoller Irrtum, daß der erste Rätekongress der Nationalversammlung die politische Macht übertrug. Andererseits kann man auch damit zufrieden sein; jetzt doch die Nationalversammlung die ganze Unfähigkeit der bürgerlichen Demokratie und der aus ihr herauswachsenden Verwaltungsmaschinerie, die vollständig verrotten hat. Uns trennt aber noch etwas weiteres von der Generalkommission. Während wir den Aufbau des Wirtschaftslebens anstreben, sagt uns die Generalkommission, daß kann nur zusammen mit den Unternehmern geschehen. Die Zeit hat aber gelehrt, daß das nicht der Fall ist, denn

die Unternehmer sabotieren ja das Wirtschaftsleben.

Die gesamte Umgestaltung des Wirtschaftslebens wird sich ja nicht von heute auf morgen erledigen lassen, aber die zünftige Wirksamkeit der Gewerkschaften muß in der Richtung eingestellt werden, wie ich es hier andeuten habe. Die Generalkommission ist unbewußt zur Sachwalterin der Unternehmer geworden. Betrachten wir uns doch einmal die Arbeitgemeinschaften und die Wirtschaftspolitik des Reichsanwalter's Wille, die geeignet ist, das Proletariat ohnmächtig zu machen. Wie ist denn das Abkommen der Generalkommission mit den Unternehmern am 15. November 1918 entstanden. Wir wissen alle, daß die Generalkommission anfangs ein Gegner der Betriebsräte gewesen ist; sie sollte lediglich Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse. So war es ja zu Anfang mit den Unternehmern vereinbart. Noch am 25. Februar d. J. erklärte die sozialistische Regierung, der doch Männer aus den Gewerkschaften beigegeben sind, daß kein Mitglied der Regierung daran gedacht hat, dem Rätesystem Konzessionen zu machen.

Erst der Generalstreik hat die Regierung gezwungen, Konzessionen in dieser Beziehung zu machen. Aber diese Konzessionen sind weiter nichts als das, was durch die Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse schon bestanden hat. Es ist die organische Fortentwicklung der im Stillstandesstand niedergelegten Grundsätze. Dort wollte man die Arbeiter restlos zur Arbeit zwingen. Die Einführung der Betriebsräte, wie sie uns hier vorge schlagen werden, wird an dem alten Ausbeutungsweltanschauung nichts ändern. In dem Entwurf, den die Regierung vorgelegt hat, kommen genau dieselben Gedanken zum Ausdruck, wie in den uns hier vorliegenden Richtlinien. Also muß doch bei dem Entwurf der Regierung die Generalkommission mitgewirkt haben. Wenn wir uns den Entwurf über die Betriebsräte ansehen, erkennen wir, daß er ein Schutzgesetz für die Unternehmer ist. Nach ihm ist der Betriebsrat verpflichtet, die Beschäftigten des Schlichtungsausschusses durchzuführen zu helfen; kann er das nicht tun, oder will er es nicht, dann kann er durch den Schlichtungsausschuss bestraft werden. Weiter hat der Betriebsrat darüber zu wachen, daß Streiks nicht ausbrechen, ohne daß die Bestimmungen innegehalten werden. Da kommt das in Betracht, was man uns hier nicht gesagt hat, daß

Weshalb über den Wirtschaftskrieg, durch das man den Arbeitern das Streikrecht rauben will. Das Reich und seine Freunde in den Tagen der Revolution taten, daß

muß ich als einen Verrat an der Revolution bezeichnen. Was sollen denn die Arbeitgemeinschaften? Leipart sagt, es sei ein Verstoß der Gewerkschaften, daß die Arbeitgemeinschaften zum Abschluß gebracht worden sind. Das ist eine Freisprechung unserer Mitglieder. Die Unternehmer geben uns für den Abschluß ganz andere Motive an. In dem Bericht, den wir empfangen haben, heißt es, daß die bedeutende Lage, in die das Land durch den militärischen Zusammenbruch gekommen war, wo man vor einem Trümmerfeld stand, einen neuen Aufbau bedurfte, um ein Gebäude zu schaffen, worin auch das Unternehmertum noch zu existieren imstande war und wodurch man das Kapital vor der drohenden Sozialisierung bewahren könne. Der Streik wurde deshalb beantragt, die Arbeitgemeinschaften den Gewerkschaften anzubieten. Die Unternehmer führten damals aus, daß die Gewerkschaften die einzigen wären, auf die sie sich verlassen könnten; nicht einmal der bürgerlichen Regierung trauten sie zu, daß diese sie vor der drohenden Sozialisierung und Verstaatlichung bewahren könne. Die Ingegnieure, die uns Leipart hier gestern vortrug, die waren doch im Moment der Revolution Selbstverständlichkeiten. Es ist auch gar nicht wahr, daß die gleichen Gewerkschaftsvereine preisgegeben wurden, sondern es wurde diesen eine Karenzzeit gewährt, innerhalb der sie ihre Erstlingsberechtigung nachweisen sollten, um dann als gleichberechtigt mit den anderen Arbeiterorganisationen zu gelten. Auch den Achtstundentag haben die Unternehmer zugestanden, weil sie Angst hatten, daß er doch anfangsweise eingeführt werden würde. Warum verlangen denn die Unternehmer auch die Mitwirkung von Christlichen und Christ-Demokratischen Gewerkschaftsvertretern? Weil sie wissen, daß diese den Gedanken an den Unternehmertum immer noch zugänglich sind.

In den Richtlinien der Generalkommission wird nun auch von der Gemeinwirtschaft gesprochen. Es ist aber nicht erklärt worden, was darunter zu verstehen ist. Die Generalkommission müßte doch hier ein Programm vorlegen. Ich frage die Generalkommission, hat sie ein Programm? Wenn sie eins hat, dann bringe sie es heraus! Wir sehen schon an den verschiedensten Dingen, daß die Generalkommission das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung unterwirft. Warum hat uns die Generalkommission dieses Programm nicht vorgelegt? Warum wird der Kongress über diese Dinge nicht ausführlich informiert, warum werden ihm nur Teile dieses Programms vorgelegt? Der Redner weist nun an vielen Beispielen nach, daß das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung eine auffallende Ähnlichkeit mit dem dem Kongress vorgelegten Richtlinien habe. Er bemerkt dann weiter, daß dann nicht nur die Richtlinien hier hätten vorgelegt werden dürfen, sondern daß, wer den einen Teil will, auch den anderen Teil wollen müsse, und dieser andere Teil sei eben das Gesetz über den Wirtschaftskrieg. Nach diesem Gesetz dürfen Streiks nur erst nach Anfrage bei einem Bezirksausschuss gelöst werden. Ein Streik kann nur beschloffen werden, wenn neun Zehntel der gesamten in den Betrieben beschäftigten Arbeiter für den Streik gestimmt haben. Und wenn der Streik beschloffen ist, dann darf er erst nach Ablauf einer Woche begonnen werden. Wenn in den Richtlinien die Wahrung des Streikrechts hervorgehoben wird, so sage ich, das ist nur Schein, das ist nur Blendwerk. Wer, wie die Generalkommission, das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung unterschreibt, der muß wissen, daß das Streikrecht damit aufgehoben wird.

Die Arbeitgemeinschaften schließen auch Tarifverträge ab, auf die die Arbeiter keinen Einfluss haben, und die Betriebsräte sollen dann die Polkewächter über diese Tarifverträge werden. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, diese Pläne vor diesem Kongress und der gesamten deutschen Arbeiterklasse auszudecken. Ich überlasse Ihnen nun das Urteil. Es wäre ein beschämendes Zeugnis, wenn der 10. Deutsche Gewerkschaftskongress keinen andern Gedanken hervorbringen könnte, als die in den uns vorgelegten Richtlinien zum Ausdruck gebrachten. Die deutsche Arbeiterklasse verlangt mehr als eine solche transtrollige Wirtschaftspolitik.

Die deutschen Arbeiter sind gewillt, lange und hart zu arbeiten, wenn sie die Lieberzeugung gewinnen, daß eine sozialistische Wirtschaftspolitik getrieben wird.

Die Redezeit des Redners ist abgelaufen, als er nun sein Programm entwickeln will. Der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, daß er seine Richtlinien dem Kongress hätte gedruckt vorlegen sollen. Genosse Müller erklärt dazu, daß er das nicht in der Lage gewesen sei, denn kurz vor seiner Abreise seien Nachdruckarbeiten in sein Bureau eingebracht und hätten sein gesamtes Material beschlagnahmt. Erst am Mittwochabend sei es ihm auf Umwegen gelungen, die Richtlinien wieder zurück zu erhalten. Der Genosse Müller verliest nun eine von ihm vorgelegte Resolution und bittet den Kongress um deren einstimmige Annahme.

Der Kongress beschließt darauf, vorläufig von einer Diskussion über die Referate von Leipart und Müller Abstand zu nehmen und zunächst erst das Referat von Adolf Cohen-Generalkommission über Arbeitgemeinschaften entgegen zu nehmen.

Adolf Cohen-Generalkommission: Die Vorverhandlungen über die Arbeitgemeinschaften führten dazu, daß am 5. November 1918 die Forderungen der Unternehmer vorgelegt wurden, die Leipart schon vortragen hat. Diese Vereinbarungen wurden unterzeichnet von der Vereinigung der Unternehmerverbände und noch drei andern der hervorragendsten Unternehmerorganisationen. Die Bedingungen wurden dann noch in wesentlichen Punkten abgeändert; sie gelten aber auch jetzt noch nicht als endgültig. Sie werden erst dann abgeschlossen gelten können, wenn die einzelnen Gruppen ihre Arbeitgemeinschaften abgeschlossen haben. Wenn Sie diese Satzungen mit dem vergleichen, was die deutschen Gewerkschaften seit dem Frankfurter Gewerkschaftskongress 1901 gefordert haben, dann werden Sie sehen, daß die Arbeitgemeinschaften die konsequente Fortsetzung dieser Politik sind. Wir forderten von jeder für alle Betriebe einen Schlichtungsausschuss, um nach Möglichkeit alle Störungen des Wirtschaftslebens hintanzuhalten. Das, was wir damit gefordert haben, ist in den Arbeitgemeinschaften zum Ausdruck gekommen. Die Annäherungsversuche der Unternehmer ließen schon eine ganze Reihe von Monaten hinter den Vorgängen im November zurück. Ein großer Teil der Unternehmer, die Gegner der Gleichberechtigung der Arbeiter waren, sind nicht über Nacht zu Anhänger derselben geworden. Das haben erst die durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse zu Wege gebracht. Es ist ganz zweifellos, daß die Not die Unternehmer zu ihrer Umkehr gezwungen hat, aber uns daraus einen Vorwurf zu machen und uns zu sagen, wir hätten dadurch, daß wir die Arbeitgemeinschaften eingegangen sind, uns zu Stützen der Unternehmer gemacht, ist ganz falsch. Die Angriffe, die heute kommen, können wir schon von der Zeit, wo wir die ersten Tarifverträge abschlossen. Aber heute wie damals müssen wir erklären, die gesamte Situation läßt eine sofortige Umgestaltung in die Formen des Sozialismus nicht zu und deshalb wollen wir den Produktionsprozess nach Möglichkeit im Sinne der Arbeiterschaft verbessern. Erklären Sie sowohl Sie wollen und bringen Sie solche Resolutionen ein, wie Sie wollen. In dem Augenblick, wo Sie sich auf den Boden der Tatsachen stellen, haben diese Resolutionen für die Arbeiter keinen Wert. Und weil wir gezwungen sind, die realen Verhältnisse zugrunde zu legen, deshalb ist es als ein Fortschritt zu betrachten, wenn wir die Arbeitgemeinschaften abschließen.

Redner führt dem Kongress nun eine graphische Darstellung vor, an deren Rand er den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zu kennzeichnen versucht. Die dort aufgeführten Industrie-Gruppen sollen vollständige Selbständigkeit erhalten. Sie können sich nach ihrem Bedürfnis wieder in Untergruppen teilen. An der Spitze jeder dieser Organisationen sollen zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzte Vorstände stehen. Der Abschluß von Tarifverträgen bleibt den zukünftigen Berufsgruppen überlassen. Es soll dann ein Zentralausschuss gebildet werden, in dem von jeder Teilgruppe je 1 Arbeitnehmer und 1 Arbeitgeber entsandt werden soll. Der Zentralausschuss behandelt die gemeinsamen Fragen für die gesamte Industrie und, wenn er darum angezogen wird, auch Streitfragen. Da der Zentralausschuss aber zu groß ist, ist noch ein Arbeitsausschuss vorgezogen. An der Spitze des Ganzen steht ein Reichsarbeitsrat, der die sozialen Fragen zu erledigen hat. Es ist geplant, die gesamte deutsche Industrie in Wirtschaftsbünde einzuteilen. Diese sind amtliche Organe; in sie wer-

den ebenfalls Arbeiter und Unternehmer in gleicher Zahl entsandt. In diesen Bündern werden Dinge von ungeheurer Bedeutung beraten, von denen wir nur eine entfernte Ahnung haben. Es wird uns schwer werden, geeignete Leute zu finden, die wir dort hineinschicken können. Wir brauchen aber das Einverständnis in die Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge, wenn wir nicht das Chaos schaffen wollen wie in Rußland.

Die Betriebsräte sollen die Aufgabe haben, wie sie die Vorlage des Reichsarbeitsrates und zeigt. Diese Vorlage muß aufgeschaltet werden; verbessern wir das nicht. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiter in den Betrieben wahrnehmen. Sie sollen nicht selbständige Lohnpolitik treiben. Sie sollen aber das, was vereinbart worden ist, wachen, daß es durchgeführt wird. Erst, wenn es im Betriebe nicht möglich ist, Streitigkeiten zu schlichten, dann sollen die Schlichtungsausschüsse angerufen werden. In diesen Schlichtungsausschüssen sitzen doch wieder unsere Vertrauensleute, und wenn diese Vertrauensleute gegen die Betriebsräte stimmen, dann muß doch etwas gegen sie vorliegen, was nicht richtig ist. Wir wollen doch Ungehöriges, was die Gesamtheit schädigt, nicht verteidigen.

Redner tritt dann für die Kräfte der Arbeiterräte in den Betrieben ein, denn jetzt wären bei dem bestehenden Wahlmodus zum Arbeiterrat den arden Betrieben ein ungerichtetes Übergewicht gegeben. Es soll auch geachtet festgelegt werden, daß die Reichsvereinsfragen auch unter Einwirkung der Arbeiter erledigt werden. Ich glaube, bei objektiver Betrachtung werden wir miteinander einig werden, denn sonst müssen wir damit rechnen, daß die Unternehmer sagen, da habt ihr die ganze Geschichte, macht ihr es allein.

Das Rätesystem, über das man sich immer nur noch einen dumpfen Begriff machen kann, ist zur Erfüllung der uns obliegenden Aufgabe nicht in der Lage. Ist denn das Rätesystem nur eine Frage des Prinzips? Es ist doch eine Frage der Zweckmäßigkeit. Und da sage ich auch, Ihr Rätesystem ist nach meiner Meinung nicht zweckmäßig, weil es nicht die Bedeutung erlangen kann, wie die Gewerkschaften. Deshalb empfehle ich Ihnen die Resolution, die zum Abschluß von Tarifverträgen und Kollektivabkommen auffordert, wobei vollends Parität der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewährleistet wird. Das ist der Inhalt der Arbeitgemeinschaften, die uns einen weiten Weg vorwärtsbringen können, ohne daß sie uns den Weg zum Sozialismus versperren. (Vehementer Beifall.)

Richard Müller-Berlin (Korreferent): Cohen hat klar und deutlich gesagt, daß es sich um das Wirtschaftsprogramm handelt, das die Reichsregierung zu verwirklichen anstrebt. Dann vermischt er aber eins: Wenn man sich auf den Boden des Wirtschaftsprogramms stellt, hätte man von vornherein das ganze Programm zur Diskussion stellen müssen und dann auch das Gesetz über den Wirtschaftskrieg, womit das Streikrecht der Arbeiter aufgehoben werden soll. Cohen hat die Arbeitgemeinschaften zu recht fertigen verdient; er hat sie als einen ungeheuren Fortschritt gegen das Verhängnis vor der Revolution bezeichnet. Ja, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die Sozialisierung noch in weiter Ferne liegt, dann mag man dies für einen großen Fortschritt halten. Cohen hat aber nicht aus der Welt schaffen können, daß die Unternehmer mit den Arbeitgemeinschaften die Sozialisierung aufhalten wollen. In die Arbeitgemeinschaften kommen auch christliche und andre Arbeitnehmer-Vertreter, die, wie ich schon angedeutet, sich dem Unternehmerstandpunkt immer mehr nähern. Wenn nur ein einziger in solcher Institution sitzt, dann haben die Unternehmer die Mehrheit und unser Einfluß ist damit geschwunden.

Nun lagte Genosse Cohen, wir brauchen die leitenden Kräfte der Unternehmer, damit es bei uns nicht so kommt, wie in Rußland. Genosse Cohen hat dabei vergessen, daß die Kräfte nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Intellektuellen davon angeht haben, und das war das Verhängnis. Die Berliner Arbeiter, die zuerst auf diesen Fehler machen wollten, haben heute restlos auf dem Standpunkt, daß wir die Intellektuellen brauchen.

Wenn man sagt, die Arbeitgemeinschaften seien nur das, was man schon auf dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt im Jahre 1901 forderte, dann muß doch daran erinnert werden, daß wir inzwischen eine Revolution gehabt haben. Die Erhaltung der Produktion darf nicht gefährdet werden, davon sind wir alle überzeugt. Unsere Vorkämpfer sind auch darauf ausgeht. Genosse Cohen sagte, ein größeres Unglück hätte der Arbeiterklasse nicht erwischen können, als wenn die Unternehmer eines Tages erklärten, da habt ihr es, macht es besser. Ja, ich bin überzeugt, dieser Tag kommt einmal. Wissen hat es ja selbst ausgesprochen, daß sich Anzeichen bemerkbar machen, daß das Vertrauen des Volkes zur Regierung immer mehr schwindet. Man macht uns verantwortlich für die wilden Streiks, die überall ausbrechen. Brimmer hat sogar meinen Parteifreund Haase dafür verantwortlich gemacht, daß er zu diesen Streiks geraten habe. Ich stelle hier vor diesem Kongress fest: Ich habe in der vorigen Woche in der Volkversammlung erklärt, daß wir die Streiks als politische Streiks nicht verwerfen, aber der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen, er darf nicht künstlich gemacht werden, sondern er muß erst ausreifen, von selbst kommen. Das deutsche Volk wird einsehen, daß diese Regierung nicht in der Lage ist, das deutsche Volk aus diesem Elend herauszuführen.

Die Intellektuellen wollen wir nicht ausschalten. Ein tüchtiger Intellektueller wird wohl lieber für die Allgemeinheit arbeiten, als für einen Unternehmer. Von jener Seite erwarte ich keine Sabotage. Redner führt nunmehr seinerzeitigen Vorschläge zu einem Aufbau des Rätesystems vor, worin auch die intellektuellen Kräfte eingegriffen sind. Der sonstige Aufbau der Wirtschaftsorganisationen ist den von Cohen vorgelegenen Arbeitgemeinschaften ähnlich, jedoch soll der privatkapitalistische Unternehmer-Einfluß ausgeschaltet werden. Große und kleine Betriebe sollen ihren Betriebsrat bekommen. (Ruf: Und wo bleiben die Gewerkschaften?) Auch die Konsumenten müssen durch eine Organisation vertreten sein, und das ist auch die entsprechende Vorschläge:

Die Unternehmer werden niemals zur Aufrichtung einer sozialistischen Gesellschaft beitragen wollen. Denken wir uns doch nicht über die bestehenden Verhältnisse hinweg. Wir sind wirtschaftlich ruiniert. Können wir uns da denselben Luxus eines Unternehmertums noch leisten? Ohne Profit arbeitet kein Privatunternehmer. Der Kongress wird ja unsere Richtlinien nicht annehmen; aber wir werden unbedacht des Beschlusses des Kongresses im Leben brauchen unsere Idee weiter propagieren und wir werden denn sehen, welche Ideen in Zukunft vertrieben werden. (Vehementer Beifall.)

Es wird nun die Diskussion über die beiden Referate Leipart und Cohen, sowie über das Korreferat Richard Müller eröffnet.

Ränge-Berlin: Wir Danlungsgeschillen, die wir einen schweren Krieg gegen die selben Verhältnisse haben, denken nicht daran, bei den Arbeitgemeinschaften auf unsere Mitarbeiter zu verzichten und den selben das Feld zu überlassen. Eine Reamten-Konferenz des Zentralverbandes der Danlungsgeschillen hat sich grundsätzlich gegen die Arbeitgemeinschaften ausgesprochen, weil in den Arbeitgemeinschaften auch die selben Verhältnisse einfließen sollen. Die Gewerkschaften sind in der Lage, durch Tarifverträge die Arbeitsverhältnisse zu verbessern, aber sie sind nicht in der Lage, die Existenz des Einzelnen innerhalb der Betriebe zu sichern. Dazu sind die Betriebsräte nötig. Deshalb verlangen wir, daß diesen Betriebsräten ein umfassendes Mitbestimmungsrecht zugesprochen wird. Wir wollen nicht daß die Betriebsräte bloße Angestelltenausschüsse sein sollen. Cohen hat ausgedrückt, daß nicht jeder in der Lage sei, an die Stelle des Unternehmers zu treten. Das ist richtig. Aber der Betriebsrat wird schon die richtigen Kräfte finden, die er an den für sie passenden Platz setzt. Richard-Berlin: Es ist gefährlich, daß der Gedanke des Rätesystems überspannt wird. Auch ich bin der Auffassung, daß das Gesetz vom 5. Mai über die Betriebsräte unter keinen Umständen für uns ausreichen kann. Wir müssen auf die Beheimatung in den Ministerien unter höchstem Augenmerk richten, die scheinen die Regierung zu Ungunsten der Arbeiter zu beeinflussen.

Der Vorsitzende Reichert teilt das Abstimmungsverhältnis über das Vertrauensvotum für die Generalkommission nach der von den Delegierten vertretenen Mitgliederzahl mit. Demnach haben sie stimmt im ganzen 4701 154 Mitglieder; davon 3807 335 für die Generalkommission und 1488 779 gegen sie. 3500 Mitglieder, vertreten durch einen Delegierten (der Vertreter der Film- und Kinoangestellten, der erklärte, daß seine Organisation noch zu jung sei, um ihre Stimme in dieser Frage abzugeben) und 68 282 Mitglieder waren unvertreten. Da die Delegierten fehlten. Der Vorsitzende weist auf die Tatsache hin, daß in den freien Gewerkschaften jetzt 4 800 887 Mit-

Arbeiter organisiert sind. Dieses Resultat müsse zur weiteren Ver-

arbeit unter den Arbeitern anspornen. In der Nachmittags-Sitzung erhält als erster Redner das Wort

Lothar Berlin: Vom Genossen Cohen wurde heute die Behauptung

aufgestellt, daß die Arbeiter in den Arbeitsgemeinschaften auf die Gestaltung der Produktion Einfluss erlangen können. Die Unter-

nehmer sind aber in der Praxis bestrebt, den Einfluss der Arbeiter überall nach Möglichkeit zu unterbinden. Ich stehe auf dem Stand-

punkt, daß wir in der gegenwärtigen Zeit wohl mit den Unternehmern verhandeln müssen, aber wir dürfen das Ziel nicht aus den Augen lassen, daß ist die Verwirklichung des Sozialismus. Es sind

die Arbeiter und die intellektuellen Kreise, die wir näher heranzuziehen versuchen müssen. Vorhölzer-Stuttgart: Das, was Müller will, das ist die Grundlage der gelben Vereine. Wie Müller das Mätesystem begründet hat, so haben die Unternehmer die gelben Vereine begründet.

(Gelächter.) Weinmann-Düsseldorf: Die Parole für die Zukunft muß lauten: Arbeiterkräfte und Gewerkschaften. Unsere Auffassungen

die Arbeiter- und Angestelltenvereine. Dafür bedanken die Arbeiter sich ebenfalls.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen. Es erhält das Schlusswort zu seinem Korreferat

Mikhael Müller-Berlin: Man dürfe das Mätesystem nicht nach dem beurteilen, was in manchen Betrieben vorgekommen sei. Es sind zweifellos manchmal Personen zu Betriebsräten gewählt worden, die dazu nicht geeignet waren. Solche Mißgriffe können vorkommen; ehe wir das Mätesystem in seiner Vollendung haben, werden natürlich Jahrzehnte vergehen. Wenn man behauptet, die Arbeitsgemeinschaften seien es gewesen, die den Gewerkschaften in rückständigen Betrieben Zutritt verschafft haben, so ist dem entgegen-

zuhalten, daß dies unsere Betriebsräte ebenfalls gelungen ist. Die Arbeiter- und Betriebsräte haben es verstanden, ganze Gruppen, die noch nicht organisiert waren, zu erfassen und zusammenzuführen. Unter ihrem sofortigen Beifall hat der Genosse Vorhölzer gesagt, ich sei daran schuld, daß die Regierung so reaktionär sei. Ja, die Regierung ist doch in der Mehrzahl aus Ihren Parteigenossen zusammen-

gesetzt, und die bezeichneten Sie als reaktionär? Faulenzer und Nichtstuer können wir nicht mehr gebrauchen. Es wird notwendig sein, die Arbeiter zur Arbeit heranzuziehen, aber erst dann, wenn die sozialistische Wirtschaftsordnung errichtet wird. Jansson hat erklärt, meine Ausführungen über das Gesetz über den Wirtschaftsstreik seien unklar. Ich sage, ein solches Gesetz liegt vor. Das, was das Korrespondenzblatt dementiert hat, betraf das Budgetausgeseh, aber nicht das Gesetz über den Wirtschaftsstreik. (Ausruf von Jansson: Die Generalkommission trägt keine Verantwortung dafür!) Es mag ja sein, daß verschiedene Mitglieder der Generalkommission mit dem Gesetz nicht einverstanden sind. (Ausruf von Begien: Alle nicht!) Nun, dann begreife ich den Eifer und die Liebe nicht, die Hiffell an den Gesetzesentwurf angewandt hat. Noch ist ja die Arbeitsgemeinschaft nicht abgeschlossen, ja, ich bezweifle sehr, ob sie überhaupt abgeschlossen wird. Die Unternehmer waren in den Tagen der Revolution wohl dazu bereit, aber heute steht es doch ganz anders. Auch gegen den Eintritt von Arbeitervertretern in die Außenhandelsstellen, die auch ein Glied in der Arbeitsgemeinschaft sein sollen, wenden sich die Unternehmer. Der Genosse Cohen soll dann sehr energisch für die Arbeiterinteressen eingetreten sein. Ja, aber haben wir denn schon vergessen, daß es alles Nachfragen sind, und daß es gar nichts nützt, wenn auch Adolf Cohen einmal mit der Faust auf den Tisch schlägt? Ich kann nur etwas machen, wenn ich eine Macht hinter mir habe, die für das einsteht, was ich fordere. Und dazu bedarf es der Kampforganisationen und feiner Arbeitsgemeinschaften. Wir hatten in den ersten Tagen die Macht; aber diese Macht ist von den Leuten, die in der Regierung saßen, vergeben worden, weil sie Angst hatten, die bürgerliche Demokratie zu verlieren. Aber ich sage Ihnen: es kommt wieder eine andere Zeit, denn was kommen muß, das wird kommen! (Beifälliger Beifall.)

Cohen-Generalkommission (Schlußwort): Die Bestirntungen, daß durch einen Vertreter der christlichen oder der Arbeiter, die sich auf die Seite der Unternehmer schlagen, ein arbeiterfeindlicher Beschluß zustande kommen könne, treffen nicht zu, denn wenn unsre Vertreter nicht zustimmen, kann kein Beschluß zustande kommen. (Dieser Einwand ist nicht stichhaltig, denn die Arbeitervertreter können vor erfolgter Abstimmung nicht immer wissen, wie der Vertreter der christlichen oder bürgerlichen Arbeiter stimmen wird, und sie haben daher keinen Anhaltspunkt, wann sie sich der Stimme enthalten müssen. Der Berichterstatter.) Auch ist die Ansicht falsch, daß ein Direktor durch einen kaufmännischen Angestellten ersetzt werden kann.

Wie können auch nicht eine sozialistische Wirtschaftsordnung auf-

daß sie einem Manne gleichen, der ein gutes Instrument in der Hand hat, aber nicht spielen kann, und der dem Instrument die Schuld daran gibt. Macht doch endlich einmal Schluß mit der Dummheit, leben, den Ihr wählt, nach seinem Parteibuch zu fragen, sondern wählt die, die das Zeug dazu haben. Der Genosse Köllin sagte, wir sollen uns nicht täuschen über die Stimmung der Massen. Darüber täuschen wir uns auch nicht, aber ich täusche mich auch nicht über die Aufspaltung der Massen, die Sie ansieht. Ich sage auch nur, das, was Ihr erreichen wollt, wird nicht mit einem Sprung erreicht. Und darum sagen Sie doch Ihren Leuten, daß der Konvok gewillt ist, mitzuarbeiten an dem Aufbau Schritt für Schritt. Ich bitte Sie nun zum Schluß, pfücken Sie die jetzt reife Frucht der Arbeitsgemeinschaft und lassen Sie die übrigen Früchte erst reifen.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Verkehr mit Reisevortragsmarken in Leipzig-Land. Nach einer neueren Bestimmung der Reichs-einzelbestelle gelten die bisher ausgegebenen Reisevortragsmarken neben den Reisevortragsmarken neuen Modells bis zum 27. Juli 1919 einschließlich; vom 28. Juli 1919 an haben nur noch die Marken neuen Modells Gültigkeit. Die Verwendung oder Verlieferung der alten Marken nach diesem Zeitpunkt ist verboten, desgleichen findet ein Umtausch an Verbrauchern nach dem 27. Juli nicht mehr statt. Die Vorschrift, daß die neuen Reisevortragsmarken, deren Trennungslinie nicht durchbrochen ist, nur bis zum 3. August 1919 Gültigkeit haben, ist aufgehoben worden. Leipzig, am 2. Juli 1919. Der Bezirksverband Leipzig-Land.

Beifall. Einverleibung. Der Gemeinderat hat am 14. April beim Rat der Stadt Leipzig beantragt, daß er zu Verhandlungen über die Einverleibung bereit sei. Der Rat hat nun seine Bereitschaft zu solchen Verhandlungen erklärt und ihre Erledigung dem Stadtmann Welsch übertragen. Die Verhandlungen zwischen den beiden Gemeindeverwaltungen werden unmittelbar miteinander geführt die Amtshauptmannschaft wünscht nur Kenntnisgabe, wenn Fragen berührt werden, die im Interesse des Bezirks liegen. Uebrigens hat der Rat erklärt, daß, solange die Zwangsverwaltung noch besteht, die Einverleibung nicht vor sich gehen könne. Sparkasse. Girokasse. Im Monat Juni wurden in die Sparkasse 707 800,18 Mk. in 2050 Posten eingezahlt und 748 452,13 Mk. wurden in 2075 Posten zurückgezahlt. Die Zahl der neu eröffneten Bücher beträgt 288, die der erloschenen 288. — In die Girokasse wurden 874 194 Mk. eingezahlt (bargeldlos 424 070 Mk.) und 942 088 Mk. zurückgezahlt (bargeldlos 488 107 Mk.). Im ersten Halbjahr haben die Einzahlungen in die Höhe von über 10,5 Mill. Mark erreicht, die Auszahlungen betragen rund 9,9 Mill. Mark. Barverbleib wurde 5,9 Mill. Mark ein und 5,3 Mill. Mark zurückgezahlt.

Briefkasten der Redaktion.

Brauereiarbeiter. Der Bericht über den Verbandstag der Brauereiarbeiter hat ebenso wie der Bericht über die Verbandstage mehrerer anderer Gewerkschaften wegen des leibigen Raummanagements noch nicht erscheinen können. J. J., Schleubitz. Das hängt von der Entscheidung der maßgebenden Behörde ab. Lindennau. 26. März 1919. D. S., Weiskrahe. 500 Mark jährlich. Reskammieren Sie. E. S. H. 1. Der Verdienst im März ist maßgebend. 2. Für die ersten beiden Monate ist Steuer nicht zu entrichten. 3. Nein. F. E., Wahren. 1. Im Alter von 81 Jahren wird das 10fache gezahlt. 2. Nein. 3. Ja. Wien. 1. Parteisekretariat, Lauchaer Straße 19/21. 2. Sekretär Sie den Eltern einen Zahlungsbefehl. 3. Arbeitersekretariat, Volkshaus, Reiter Straße 32. — 50 Pfa. für Parteikasse.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Kapitalpflicht

Reise- und Sportartikel

Reisetaschen, braun, Lederimitat.
Länge 27 80 88 86 89 42 45 cm
16.— 17.— 18.— 19.— 23.— 24.— 25.—

Reisekartons mit Tragriemen
4.— 5.50 6.50 7.50 Mk.

Handkoffer, braun, Lederimitat.
29.— 30.— 34.— Mk.

Reisekörbe, Weide
Länge 45 50 55 60 65 70 cm
30.— 40.— 50.— 55.— 60.— 65.— Mk.

Sport-Hosen für Herren
Loden von 16.—Mk. an



Rucksäcke für Kinder
Segeltuch
von 1.—Mk. an

Sport-Gamaschen
Segeltuch
1.75 4.— 4.50 Mk.

Washjoppen für Knaben und Jünglinge
feldgrau

Rucksäcke
Segeltuch und Drell m. Lederriemen
14.— bis 30.—

Sport-Gamaschen
gestrickt
11.50 19.50 20.— 22.50 Mk.

Loden-Hüte **Bergstöcke**
7.50 bis 15.— Mk. 2.50 3.50 5.— Mk.

Hosenträger **Sportkragen**
Sportgürtel **Schil erkragen**
Sportbinder **Suthalter**
Sporthemden für Knaben

Blaidriemen, Leder **Reiseplads**
2.— 2.75 3.50 4.—Mk. 6.— 11.75 28.50 Mk.

Drell-Anzüge für Knaben
feldgrau, prima Qualität

Schweineschmalz Schneeweiß garantiert rein
1 Pfund Mk. 20.—, bei 5 Pfund Mk. 19.—
Echter Cenlon-See das beste, was es gibt, 1/2 Pf. Mk. 30
Solange Vorrat. — Jede Bestellung frei Haus.
Walgenbach, Leipzig, Brüderstr. 3, im Café.

Reparaturen
an Uhren jeder Art
nur streng solide
Ausführung und
unter Garantie bei
Gustav Kniss
Uhrmach. Tauchaer Str. 6

Fox-Trott
Beinflenne, Tango, Zwos-
tepp, Oneitepp
lehren zu jeder Zeit
G. Töpner und Frau,
Promannstraße 5, part., Ecke
Gölkensstr. n. Stephantplatz.

Was schützt meine Familie und mich vor Unterernährung?

Haemacolade!!

1 Schachtel zu 60 Tabletten Mk. 5.—
In allen Geschäften zu haben.

General-Vertreter:
Alex Heidelbergmann
Leipzig-Nord, Eisenbahnstrasse 66. Tel. 4255.

Moderne und geschmackvolle
Drucksachen
für jeden Bedarf in ein- und mehrfarbig. Ausführung liefert schnell bei billigsten Preisen
Leipziger Buchdruckerei AG
Lauchaer Str. 19-21. Fernsprecher 4506
Rotationsbetrieb bestens geeignet für pünktliche Lieferung von Massenaufgaben

Die verhängnisvollen Stiefel.

Von William M. Thackeray.

Mai.

Der Tag der Vergeltung.

Zu der Malenmonat nach der Meinung von Dichtern und andern Philosophen von der Natur dem großen Zweck des Lebens geweiht ist, so darf auch ich mir wohl diese Jahreszeit zunutze machen und dem Feser berichten, welchen Erfolg meine Liebe hatte.

Ich war jung, lustig, blendend und ein Jährlich! So hatte ich denn ganz und gar das Herz meiner Magdalen gewonnen. Zu Fräulein Waters und ihrem eifrigen Onkel, dem Doktor, hatte ich alle Beziehungen abgebrochen, wie man sich wohl denken kann. Fräulein Mary behauptete — ei ja! — sie sei froh, daß ich die Verlobung aufgehoben habe; aber in Wirklichkeit hätte sie ihre Augen drum gegeben, die kleine Kage, wenn ich wieder zu ihr zurückgekehrt wäre. Aber davon war natürlich keine Rede. Mein Vater, der überhaupt recht sonderbare Begriffe hatte, sagte, ich hätte mich wie ein Schuft dabel benommen; meine Mutter nahm natürlich meine Partei und erklärte, ich täte ganz recht, wie immer! Ich verschaffte mir sofort einen Urlaub vom Regiment und drang in meine geliebte Magdalen, mich auf der Stelle zu heiraten — denn ich wußte aus Büchern und aus eigener Erfahrung, wie außerordentlich wandelbar menschliche Verhältnisse sind.

Außerdem war das liebe Mädchen sechzehn Jahre älter als ich, und mit ihrer Gesundheit stand es ebenso böse wie mit ihrer Laune. Konnte ich denn wissen, ob nicht etwa der grimmige Herr des Schatens mit ihr abfahren würde, bevor sie die meinige geworden wäre? Mit der zärtlichsten Wärme und mit dem wärmsten Hartgefühl drang ich daher beständig in sie. Der Tag des Glückes wurde festgesetzt — es war der ewig denkwürdige zehnte Mai 1792. Die Hochzeitkleider wurden bestellt, und um die Sache ganz sicher zu machen, verfaßte ich für das Kreisblatt eine kleine Notiz, die folgenden laute:

Heirat in hohen Kreisen. Wie wir hören, wird demnächst Jährlich Stubbs vom North Bungan-Landwehrregiment, der Sohn von Thomas Stubbs, Hochwohlgeboren, auf Elloffenhainstraße, die liebliche, hochbegabte Tochter des Herrn Salomon Crutty, Hochwohlgeboren, aus demselben Orte, zu Hymens Altar geleiten. Ein Vermögen von zwanzigtausend Pfund ist, wie wir hören, die Mitgift der Dame. „Nur dem Rücken winkt die Braut und der Lohn!“

Hast du schon deine Verwandten in Kenntnis gesetzt, mein Lieb? fragte ich Magdalen den Tag nach der Absendung dieser Zeitungsnote; wird jemand von ihnen an unserer Hochzeit teilnehmen? Onkel Sam kommt ganz gewiß, sagte Fräulein Crutty; der Bruder meiner lieben Mama.

Und wer war denn deine liebe Mama? fragte ich; denn Fräulein Crutty's eheliche Erzeugerin war schon lange tot, und ich hatte ihren Namen niemals in der Familie erwähnen hören. Magdalen erzählte und schlug ihre Augen nieder. — Mama war eine Ausländerin; sagte sie endlich.

Aus welchem Lande denn? Eine Deutsche. Papa heiratete sie, als sie noch sehr jung war; sie war nicht von sehr guter Familie — sagte Fräulein Crutty zögernd hinzu.

Was mach ich mir aus Familie, Gesele! rief ich, und dabel nickte ich zärtlich die Knöchel ihrer Hand, die ich in der meinigen hielt. Die Frau, die dich geboren hat, muß ein Engel gewesen sein! Sie war eine Schusterstochter.

Tochter eines deutschen Schusters? Hol ihn der Teufel! dachte ich bei mir; von deutschen Schustern habe ich genug gehabt. Damit brach ich das Gespräch ab; denn ich weiß nicht, wie es kam, aber es gefiel mir nicht.

Der Hochzeitstag kam also immer näher. Die Kleider waren abgeliefert, das Aussehen war verlesen worden. Meine liebe Mama hatte einen Kuchen vom Umfang eines Waschkasses gebacken, und ich brauchte nur noch eine Woche zu warten, und ich war im Besitz von zwölftausend Pfund — in fünf Prozenten! denn soviel brachten die Papiere in jenen gesegneten Tagen. Ich ahnte nicht, was für ein Ungewitter aufzog, und welche Enttäuschung über einen Jüngling hereinbrechen sollte, der sich wirklich die größte Mühe gab, zu einem Vermögen zu kommen!

O Robert! sagte meine Magdalen zu mir, zwei Tage vor dem Hochzeitfest, ich habe einen so freundlichen Brief von Onkel Sam in London. Ich schreibe an ihn, wie du es wollst. Er schreibt, er komme morgen; er habe schon oft von dir gehört, und er kenne deinen Charakter sehr gut, und er habe ein sehr schönes Geschenk für uns. Was kann das wohl sein? das möchte ich wohl wissen!

Ist er reich, Angebotet meiner Seele? Er ist ein Jungeselle mit einem schönen Geschäft und ohne Angehörige, denen er sein Geld hinterlassen könnte!

Sein Geschenk kann nicht weniger als tausend Pfund sein! rief ich.

Oder vielleicht ein silbernes Teegeschätz, und ein paar Tafelgeschliffen außerdem, meinte sie.

Hierüber konnten wir nun nicht einig werden; das Geschenk war doch zu klein, zu schwach — für einen Mann von ihres Onkels Reichum; schließlich wählten wir beide der Meinungs, er möchte uns tausend Pfund schenken.

Der liebe gute Onkel! Er kommt mit der Postkutsche. Laß uns doch eine kleine Gesellschaft zu seiner Begrüßung einladen.

Das taten wir denn auch, und sie kamen alle: mein Vater und meine Mutter, der alte Crutty in seiner besten Verkleidung und der Pfarrer, der uns am nächsten Tage zusammengeben sollte. Der Postwagen sollte um sechs ankommen. Der Teertisch war gedeckt, und die Punschbörse stand bereit, und alle saßen lächelnd da, unseren lieben Onkel aus London zu empfangen.

Es schlug sechs. Die Postkutsche fuhr vor. Dann kam der Hausknecht vom Grillen Drachen mit einer Kofferstange, und hinter ihm ging ein Bider, alter Herr, auf den ich nur einen flüchtigen Blick werfen konnte. Ein ehrwürdiger, alter Herr. Es war mir so, wie wenn ich ihn schon einmal gesehen hätte.

Dann läutete die Hausglocke; dann gab es ein Schlurfen und Stampfen auf der Diele; dann rannnte der alte Crutty hinaus, wir hörten ein lautes Lachen und Sprechen: Wie geht's, wie geht's? usw.; dann klopfte der Onkel auf und Crutty rief mit lauter Stimme: Meine lieben Herrschaften — mein Schwager, Herr Stiefelkind. Herr Stiefelkind! Ich ätzerie, als ich den Namen hörte.

Fräulein Crutty lächelte ihn. Mama machte einen Anix und Papa eine Verbeugung; Doktor Suortter, der Pfarrer, ergriff seine Hand und schüttelte sie recht warm. Dann kam ich an die Diele! Was? rief er, das ist ja mein lieber, guter, junger Freund von Doktor Swisthalls Schule! Ist dies des jungen Herrn verehrte Mutter — (Mama lächelte und machte eine tiefe Verbeugung) — und ist das sein Vater? Mein Herr, gnädige Frau — Sie müssen

ja stolz sein auf so einen Sohn. Und du, liebe Nichte, du wirst ja sehr glücklich sein, wenn du ihn zum Mann kriegst; welche Tage ich nicht! Was meinst du, Bruder Crutty, was melien Sie, Madame Stubbs: Ich habe Ihrem Sohn die Stiefel gemacht, hahaha! Mama lachte und sagte: Das wirkte ich nicht, aber ich bin überzogen, mein Herr, er hat ein so hübsches Bein für einen Stiefel wie nur irgendeiner im ganzen Land.

Der alte Stiefelkind lachte noch lauter und rief: Ein sehr hübsches Bein, Gnädige, und sehr billige Stiefel dazu! Was? Wussten Sie nicht, daß ich seine Stiefel machte? Vielleicht wussten Sie auch etwas anderes nicht — vielleicht wussten Sie nicht (und dabel schlug das Schenkel mit der Faust auf den Tisch, daß der Wöfel in der Punschbörse klirrte), vielleicht wussten Sie nicht, daß dieser junge Mann, dieser Stubbs, dieser schleimende, klapprige, schieläugige Bengel ebenso schlecht ist, wie er häßlich ist. Er kaufte ein Paar Stiefel von mir und bezahlte sie nicht. Das macht nichts, Stiefel bezahlt ja überhaupt keiner; aber er kaufte ein Paar Stulpstiefel und nannte sich Lord Cornwallis. Und ich war dumm genug, ihm das eine Mal zu glauben. Aber nun höre mal, Nichte Magdalen: ich habe fünf-tausend Pfund; wenn du ihn heiratest, gebe ich dir nicht einen Penny! Aber setz mal her, was ich dir geben will: ich versprach euch ein Geschenk — und ich schenke euch die!

Und damit holte das alte Schenkel dieselben Stulpstiefel hervor, die er auf Verlangen des Doktors Swisthall hatte zurücknehmen müssen.

Ich heiratete Fräulein Crutty nicht. Das tat mir allerdings nicht weiter leid. Sie war eine unangenehme, häßliche, kessende böse Lieben. Das habe ich seitdem immer gefagt.

Und das alles kam von diesen häßlichen Stiefeln und von dem unglückseligen Artikel im Kreisblatt! Nämlich so:

Erstens wurde er als ein Ul von einer der schändlichen, sitten- und gewissenlosen Londoner Zeitungen abgedruckt; die machte ihre Witze über die „Deirat in hohen Kreisen“ und erschaute sich alle möglichen Scherze über mich und mein liebes Fräulein Crutty.

Zweitens wurde der Artikel in der Londoner Zeitung von meinem Tohfeinde Bunting gelesen, der durch mein damaliges Abenteuer mit dem alten Stiefelkind bekannt geworden war, und sich seitdem von diesem ausländischen Eindringling regelmäßig seine Schuhe machen ließ.

Drittens mußte er zufällig gerade damals ein Paar Schuhe machen lassen; und als dieser widerwärtige, hochdeutsche Schuhflicker ihm Maß nahm, erzählte er ihm, sein alter Freund Stubbs wolle sich verheiraten.

Wit wem denn? fragte der alte Stiefelkind. Er heiratet eine mit Geld, darauf will ich schwören.

Jawohl, antwortete Bunting; er heiratet eine vom Lande — ein Fräulein Magdalen Carotth oder Crouty in einem Dorfe Elloffenhainstraße.

Elloffenhainstraße! rief da der schreckliche Schuster; mein Gott! mein Gott, das geht nicht — ich sag Ihnen, Herr, das geht nie und nimmer nicht! Fräulein Crutty ist meine Nichte. Ich fahre selber hin! Nie und nimmer lasse ich sie den Taugenichts von Schwindler und Dieb heiraten!

Solche Sprache erlaubte der Schuft sich in bezug auf mich zu führen!

(Fortsetzung folgt.)

Der Zuschläger.

Ein deutsches Feldensstück.

Von Hans Albert Förster.

Verständigung. Bei einer Dibe von 50° C. Aber was will man machen, um der tödlichen Langeweile Herr zu werden? Man kann doch nicht den ganzen Tag Elat kloppen wie die „H-melnen“. Und die Paar Ulst-inbände sind längst gelesen. Also ist's die einzige Abwechslung, die man als Kaiserlich-deutscher und königlich-sächsischer Offizier hat. Ja — ah — wenn's nur nicht so heiß wäre! Der verdammte Stehkragen... Die Mannschaf freilich, die kanstich's bequem machen. Die hat es überhaupt besser — ah — bei ihrer „Anspruchlosigkeit“. Die können zufrieden sein, denn was wissen sie, was es heißt, wenn ein stilles Schiffal in Gestalt des wohlwollenden Onkels, der Regierungsbaumeister, Justizrat, Generalstabier oder so was ähnliches ist; und gute „Verziehungen“ hat, einen hierherunter nach Taurien zur Befolgung verlegt, weil hier eriens keine Regeln gelten, zweitens weil's viel zu essen und lebeniens kolossal viel Moneien gibt. Die blecht die Ukraine für die Helentaten, die man hier verrichtet. Ja — ah — die verdammte Vange-welle —

Das waren so von ungefähr die lästlichen und ständlichen Monologe der von der Westfront zur Auffüllung ihres Gelbäckers hier herunter gereiteten Offiziere. Es wurde also wieder mal Kriegsgericht gehalten. Und über wen? Ueber armelige, friedliche Kleinrussen, die revolviert und gemeuert haben sollten. Vorläufig wußte man noch nicht wie, aber es würde sich schon finden. Dicht zusammengedrängt standen die männlichen Dorfbewohner abteils auf einen Haufen, scharf bewacht. Es hagelte Fußtritte und Faustschläge bei der geringsten Bewegung, die sie machten. Ein Greis im schlafwachen Paar weinte. Das Stechen wurde ihm schwer, aber er durfte sich nicht sehen. So blickte er zitternd nieder. Die anderen konnten ihn nicht mal stützen, das wäre wieder „Meuterei“ gewesen.

Namen wurden durch den Dolmetscher aufgerufen. Einzelne führte man die „Verbrecher“ vor den hohen Gerichtshof. Der sah an drei Tischen, die in Puffenform standen. Ueber dem mittlsten hing die schwarzweißrote Fahne. Dahinter nun thronte Er, der Präsident. Seine Höhe und Durchsicht, der Herr Oberleutnant. Nach dem lieben Gott, dem Kaiser und dem Regimentskommandeur die wichtigste Person in der Weltgeschichte. Von draußen war er Bankbeamter mit 120 Mark im Monat. Um ihn herum zunächst die Zugführer. Beim Wartelshaupters; es war kein geistreiches Gesicht darunter. Und dann kamen die Schreibstudenbeamten im Stehkragen, das eiserne Kreuz und den „böhmischen Schlops“ auf der Heldenbrust.

Alle sehr schön und stolz anzusehen, denn „es waren lauter Herren, die wissen, was sich gehört“. Und Feldes des Wortes und der Feder.

Jetzt wurde ein schlanker Russe vorgeführt. Er hatte seine Hände und ein raffiges, durchgestriches Gesicht. Der Ober sah ihn „durchdringend“ an, so gut er es eben fertig brachte. Der andere hielt den Blick ruhig an.

„Bist Du Alexander Augustowitsch?“ „Ja!“ Der Russe antwortete Deutsch.

„Und Lehrer dieses Dorfes?“ „Ja!“

„Du hast Dich jetzt zu verantworten. Rede die Wahrheit! Du hast gegen die Befehlstruppen aufgewiegelt?“ „Ich bin mir keiner Schuld bewußt.“ Ruhig, fast sanft sagte es der Russe.

„Fügner! Na, Du wirst schon kluge werden. Paß nur auf! Wo also steckt das Maschinengewehr?“ „Hier im Dorfe ist keins. Der gesunde leere Streifen wurde von einem Dorfsteinwohner aus dem Kaukasus mitgebracht. Er dachte ihn in der Wirtschaft zu verwenden.“

„Also — so läßt der Hund, Schröbter — hauen Sie ihm eine unter!“

Der Posten schlägt den Wehrlosen ins Gesicht.

„Was?!“ brüllt der Gewaltige auf, „das nennen Sie schlagen? Rubina!!!“

Der Gerulene tritt vor und nimmt bedächtig die Hacken zusammen. Der Mann ist hertlich gebaut und verflügt über Riesenkräfte.

Der Ober wendet sich wieder an den Rusfen, der schlief, verzerrten Gesichtes vor Scham und Horn bebte.

„Wo in das Maimengewehr?“

„Der Russe richt' sich auf. Er hat sich wieder in der Haltung. Steinhart u. d. voll daß ist j'gt sein Gesicht. Er spricht die Wahrheit, als er jetzt sagt: „Es ist keine im Dorfe.“

„Gut! Du Schwein verfl'htes. Dir Tas werden wir las Pün“ schon abgewöhnen. — Rubinal ziehen Sie ihm 25 über, aber Marke, vorstehen Sie!“

Rubina steht kramm und sagt lächlich aber fest: „Nun, Herr Oberleutnant, ich schlage ihn nicht!“

„Alles sch'ckt auf. Das war Behorlam vom ig rung vor ver-sammelter Mannschaf, Donnerweiter! Den Schreibklein rief eine Gählschaut den Buckel hinunter.“

Der Oberleutnant ist der Bestärkste von allen und läßt sich in der Bestärkung herab, zu sa, en: „Warum nicht?“

„Weil er wehrlos ist und weh...“

Da schreit der Leutnant, blaurot vor Horn, auf ihn ein: „Sie dämliches Schwein, Sie. Sie sin wohl wech geworden in der Rüge? Warten Sie, Sie kommen nachher dran!“

Er wendet sich um und winkt: „Ergeben Giltter! Besorgen Sie's!“

Der hatte bloß darauf gewartet, den Kautschuckstock schon in der Hand.

„Los, Jung's, jetzt über das Paß!“

„Hini, sechs Mann werfen sich auf den Rusfen, schleifen ihn zur Tonne, reißen ihm die Hosen herunter und spannen ihn straff über die Mundung.“

Giltter geistert vor Lust. Zischend faßt der Stuck auf den bloßen Hintern, eine brennrote Schwiele zeichnend. Der Arm bleibt in Bewegung. Es pfeift und klatscht. Beim fünften Schläge plagt die Haut, das Blut springt. Aber es geht weiter. Ein „Ramerab“ würgt mit seiner Mühe den Mund des Gepelnigten zu. Der kann nicht schreien und keine Bewegung machen, sein Körper nur ver-färbt sich, das ist das einzige Zeichen, daß er unsägliche Qualen aussteht. Der Stuck hadt rohes Fleisch.

Einige wenden sich ab. Der Ekel würgt sie. Die Tat ist vollbracht. Ueber der Tonne hängt ein ohnmächtiger Mann.

(Mit schüttelnd und schauernd es, während ich schreibe. Erinnerung, du bist so übermächtig... Ich muß es schnell zu Ende schreiben.)

Mit Gewalt hat man ihn dann wieder zur Verflung gebracht. Das Verhör an dem totranken Mann begann von vorn. Mit dem gleichen Ergebnis. Er konnte nur die Wahrheit sagen.

Da vollzog man die Exekution zum zweitenmale. Und wieder war es Giltter, der so herrlich schlug.

Am nächsten Tage war der Lehrer des Russendorfes tot. Bundesheer und Wagnstinn.

Ein Maschinengewehr hat man nicht gefunden, trotzdem man noch 20 durchschloßte.

Einige Zeit darauf kam die Beförderung Giltters zum Wize-feldwebel heraus, und wieder zwil Za e später ging er geschlechts-trant in ein Kagarett und dann nach Hause.

Kleine Chronik.

Schauspielhaus. (Der ungetreue Kakehart) Nach anno 70 überzogen wurde französische „Ehbrudrdramatik“ die deutsche Bühne. Diese Dramatik galt für den Gipfel der Unsitlichkeit und Kunstwidrigkeit. Nach dem Weltkrieg stellt Deutschland den Erbfeind auf diesen Gebiete weit in den Schatten. Neue französische Werke waren Kunstwerke, wenn man sie mit dem einseitig grob gestimmten Schwanke von Hans Sturm vergleicht. Auch jene Schwänke, die Deutschland vor dem Kriege produziert, waren manchmal von einem gewissen Witz und einer gewissen Wahrheit, durch die sie beinahe sogar künstlerisch gerechtfertigt wurden. Und wenn die dramatische Wüstlinge Frankreich den Gebrauch gern auf die Bühne brachten, so geschah das, weil man das gesellschaftliche Leben ohne ihn eben nicht zeichnen konnte; und das Komische, das in dem Problem des Ehbruders, wie in jedem menschlichen Problem, ruht, wurde natürlich von den kultivierteren Sehnen Frankreichs mit sozialer Grazie und Laune erfaßt, wie sie in Deutschland unerschört sind. Sturm ist weit entfernt, den Ehbruder lediglich als geborene Erscheinung zu be-urteilen und die Komik der Beteiligten zu enthüllen. Sturm macht aus dem Ehbruch ein ausgelassenes Dogma, eine fidele Religion. Indem er auf das Haupt eines Unschuldigen deshaß, weil er fälschlich für einen Ehbrecher angesehen wird, alle Ehren häuft, möchte er vielleicht als Satiriker angesehen werden. Aber davon ist er weit entfernt. Er plätschert im obersten Wortwitz, und wo sich Satire einschleicht, ist sie von der denbar plumpsten und ungeschickten Art. Außerdem sind sämtliche Motive gefolten. Das ganze Nachwerk wirkt nicht als satirischer Schwank, sondern als eine frivole Verherrlichung von Zuständen, die man, je nach Neigung, verhöhnen oder bebauern kann, deren vergnügliche Willigung aber verdammt peinlich wirkt. Gerade das unglücklich plumpe Epigramm des Freilerrn am Schluß, durch das dem Ganzen schändlicher eine satirische Pointe gegeben werden soll, enthält die Hohlheit der Rede und die rein geschäftlich spekulierende, den gemeinsamen Instinkten schmehelnde Tendenz solcher Stüdelabrikation. — Anton Frank ist kein großer Komiker, sondern nur ein sehr routinierter Possenreißer, der alles „macht“. Er beherrscht jedes Mittel der Komik, und man bewundert oft die Ausdrucksfähigkeit seiner Mimik; aber immer wirkt er betont und unterfrischen, wie er denn auch immer demüßt ist, dem Publikum die Front zu zeigen. Schauspielkunst gaben selbst als Freilerr, Wöfel als Schwiegervater; bemerkenswert ist unter den Fremdlingen E. Numann.

Neues Theater. (Cavalleria rusticana; Bajazzo.) Klina Sand r n spielte gestern die Santuzza. Ihr Neuheres und ihr Wesen machen sie besonders geeignet für die Darstellung sländischer Typen. Ihr liegt im hohen Maße die Stimme des Hornes über verschämte Liebe. — Als Cantio-Bajazzo agierte Rudolf Jäger. Schön im Spiel und Gesang wirkte er doch nicht so eintrudsvoll wie Josef Vogl, was sich namentlich in der Schluszene bemerkbar machte. — Ein paar Worte noch über P o s s o n n s Tonio-Taddeo. Wie er ihn auf die Bühne bringt, scheint er nicht ganz glaubhaft im Geiste der Dichtung. Ist seine Liebe zur Nedda wirklich so tief, dann ist der Umstlag in dermaßen kitschnüchlige Rede schwer verständlich. Gilttern unterließ Herr Possony zwar die von allem Gefühlenen unberührte Aufräumungsarbeit der Komödiantenbude, aber sein Gesamtspiel war das gleiche wie sonst, das auch in Disharmonie steht zu dem Prolog, den ja der Tonio singt und wo es heißt: „D glaubt mir: Wie Euch schlägt voll Lust und Leid auch in des Gantlers Brust ein Herz; genau wie Euch quillt lindernd ihm die Träne, wenn ihn bedrückt ein Schmerz.“ Etwas weniger schmerzlicher Art, etwas mehr Empfinden für das Opfer seiner Liebe dürfte am Plage sein.

Neues Theater.

Augustusplatz. (Fernruf 1418.)
Montag, den 7. Juli 1919
183. Unrechts-Vorstellung (A. Reize, weib)
Die toten Augen.
Wüstfällige Keltung: Albert Conrad, Bühnenleitung: Carl Schöffer.

Altes Theater.

Herren bis einschließlich Sonnabend, den 2. August.
Neues Operetten-Theater.
Herren bis einschließlich Mittwoch, den 10. Juli.

Ballett-Theater

Heute abend 1/8 Uhr
„Die beiden Freunde“
Schauspiel in 3 Aufzügen von Alfred Siegwart-Bienengraber

Mariette-Battenberg

Abends 1/8 Uhr.
Gastspiel
Paul Beckers
Heinrich,
der wiedergefundene Vater.

Krystall-Palast

Gastspiel
Curt Olfers Operetten-Gesellschaft
„Die Tugendfreundin“
Anfang 1/8 Uhr.

Krystall-Palast

Oberer Theatersaal
Täglich 7 1/2 Uhr
Lottchen
Hochzeitsnacht
oder 360 Frauen.

Drei Linden

Täglich abends 8 Uhr:
Der Tausend-Künstler
Otto Richard Frank
der neue Sylvester Schäffer

Blumensäle

Täglich abends 1/8 Uhr
Künstler-Kabarett
Sonntags 2 Vorstellungen. 4 Uhr u. 1/8 Uhr.

Gansjoubi
Gente Montag
abends 7 Uhr
Großer Elite-Ball.

3 Lilien
L.-R., Koblgartenstr. 68 — Fernspr. 60166
Inhaber: Bruno Rösko.
Gute Fahrgelegenheit
ab Augustusplatz und Hauptbahnhof nur 8 Minuten

Trojans Schützenhaus
Eisenbahnstr. 129. Fernspr. 60188. Inh.: Paul Knöbel.
Bis 15. Juli täglich abends 1/8 Uhr:
Junghähnel-Sänger

Reichsverweser
L.-Kleinjocher
Morgen Dienstag, nachmittags 6 Uhr:
Der beliebte Hausball.

UFA THEATER
Einlass 4 Uhr
Anfang 4 1/2 Uhr
Ende 10 1/2 Uhr
Jugend-Vorstellung in allen Theatern

ASTORIA
Windmühlenstr. 31 Fernruf 18195/96
Nur noch kurze Zeit!
VERITAS VINCIT
mit MIA MAY
Vorführung 5 und 8 Uhr — Des nicht zu bewältigenden Abendandrages wegen bitten wir dringend, die Nachmittagsvorstellung zu besuchen

UNIVERSUM
Rosspatz 6 Café Bauer Kurprinzstr. 8 Café Bauer
Heute die grosse Sensation
Die Note mit dem Silberkranz
Sensationelle Schilderungen aus den Erlebnissen eines Erfinders

Colosseum
Rosspatz 12-13 / Sternbahn-Endst.
Sträfling 113
oder:
Für die Ehre des Vaters

Leipziger Schauspielhaus.
Sobstentz. 17/19
Licitation: Fritz Biehm.
Montag, den 7. Juli, Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftsbund:
Gastspiel Anton Grand: Der ungeheure Gehart

Gewöhnliche Preise (einschließlich üblicher Steuern):
Barfett, Bühnenloge . . . 8.00
I. Rang, Bühnenloge . . . 7.00
Barfett, Sessel . . . 7.00

Licht-UT-Spiele
Alleiniges Erstaufführungsrecht für Leipzig.
„Mazeppa“
(Der Volksheld der Ukraine)
6 Akte voll aufwühlender Gewalt!

Gosenschlösschen, Eutritzsch.
Telephon 18 277
Heute abend von 6 Uhr an
Feiner Ball.

Bonorand
Fernruf 594 Inh. Karl Engelmann Fernruf 594
Heute Konzert Günther Coblenz-Orchester.
Morgen Mittwoch
Grosse Harmonie-Musik
Karl Gütsch.

Garten- und Sommerfestartikel
Kunstblumen, Regal- und Schleichpreise, Girlanden,
Andergeschenkartikel, Lautsprecher und -Bänder,
Verein- und Befehlsgelassen sowie sämtliche Verein-
artikel,
Tombola
Liefert am reichhaltigsten und billigsten
Heinrich Ringmeyer.
Fernruf 19245. Leipzig. Eifenstraße 80.
Besuchen Sie meine Ausstellungen.

Uhren
Ketten, Schmucksachen
Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Gustav Kaniss
6 Tauchaer Strasse 6

Warnung!
Alle künstliche und zerbrochene Zähne sowie
ganze Gebisse nicht wegwerfen!
Nur Montag und Dienstag,
den 7. und 8. Juli, bleibe hier und zahle pro
Zahn bis 3.50 Mk.
Gebiss bis 160 Mk.
Einkauf findet statt in Lebas Hotel, Richard-
Wagner-Str. 2, am Hauptbahnhof, Zimmer 8,
1. Stock, von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Das gute Niebeck Bier
SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19190707/10
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG